Albanien: Die Sorge gilt den Werktätigen! Seite 8

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 21 vom 25. Mai 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Schmidt's Regierungserklärung:

Offene Verhöhnung aller Werktätigen!

"Wenn die Demokratie in diesem Land gefestigt ist, so verdanken wir das ganz wesentlich der Tatsache, daß die Arbeitnehmer zu dieser zweiten deutschen Republik stehen." So stellt der neue Kanzler Schmidt in seiner Regeirungserklärung die Tatsachen auf den Kopf. Und Schmidt weiß auch die Antwort auf die Frage, warum die Arbeiterklasse eigentlich so fest zum Kapitalismus stehen soll: "Weitaus dem größten Teil unseres Volkes geht es wirtschaftlich gut, besser als je."
Das ist eine offene Verhöhnung aller Werktätigen, deren wirtschaftliche Lage sich ständig verschlechtert.



Polizeieinsatz gegen streikende Arbeiter bei Hella in Lippstadt. Die "2. Republik" ist ein Diktat der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse.

Zeitweilig geriet Schmidt, den die bürgerliche Presse uns als "realitisch" anpreist, glatt ins Schwärmen: "Unsere wirtschaftliche Lage ist gut. Unser Volk lebt in sozialer Sicherheit und Freiheit. Der innere und äußere Friede sind gefestigt. Unser Land hat Ansehen und Freunde in der Welt, deshalb steht diese Regierung auf festem Boden.'

Tatsache ist allerdings, daß nicht nur diese Regierung, sondern die Herrschaft der Kapitalistenklasse überhaupt längst aufgehört haben, auf festem Boden zu stehen und daß in dieser Tatsache, der Krise des Kapitalismus, letztlich auch der Grund für den Bonner Kanzlerwechsel zu suchen ist. Inbrünstig beschwor Schmidt die Kontinuität der SPD/FDP-Kaolition und zumindest in diesem Punkt war er relativ ehrlich: Auch die Brandt-Regierung hat nach besten Kräften versucht, die Interessen der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen und eine Politik der verschärften Ausplünderung und politischen Unterdrückung der werktätigen Massen zu betreiben. Aber Brandts "beste Kräfte" waren der Bourgeoisie eben nicht mehr gut genug. Darum soll Schmidt diese Politik jetzt verschärft vorantreiben.

Das illustrierte die lange Latte der sogenannten "Reformen", die die Regierung Schmidt noch bewerkstelligen oder weiterführen will. Vom Betriebsverfassungsgesetz über Mitbestimmung und Steuerreform bis zur Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz. Versteht sich, daß Schmidt uns alle diese Angriffe auf die Interessen und Rechte der Werktätigen als "sozialen Fortschritt' verkaufen will.

Die Frankfurter Allgemeine kommentierte die Schmidt-Erklärung mit der Feststellung: "Umwerfendes gab der neue Kanzler nicht von sich, was auch? " "Was auch? " – diese Frage ist für die Kapitalistenklasse sicher nicht leicht zu beantworten: Denn für sie gibt es keinen Ausweg mehr aus der Krise des Kapitalismus. Sie kann nur noch einmal ihre Entschlossenheit beteuern, solange wie möglich und mit allen Mitteln des Terrors ihre Herrschaft gegen den revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse zu verteidigen: "Wir sind entschlossen, die Freiheit und die sie schützende gesetzliche Ordnung zu wahren und zu verteidigen. Justiz, Polizei und die anderen Organe der inneren Sicherheit können bei der rechtsstaatlichen Erfüllung ihrer Aufgaben der festen Unterstützung der Bundesregierung gewiß sein."

Der einzige Ausweg liegt bei der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei: Die sozialistischen Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, der Aufbau des Sozialismus.

Opel-Westdeutschland:

6500 sollen entlassen werden!

"Wer jetzt noch glaubt, daß es ohne Massenentlassungen abgeht , der macht sich Illusionen." Diese Feststellung traf Betriebsrat Lorenz auf einer Vertrauensleutebesprechung bei Opel/ Rüsselsheim. Lorenz und Perschke, der reaktionäre Betriebsratsvorsitzende von Opel/Bochum, sind gerade aus den USA zurückgekehrt, wo sie studierten, wie Massenentlassungen möglichst reibungslos durchgeführt werden können. In den USA hat General Motors inzwischen schon zigtausend Kollegen auf die Straße geschmissen. Und der Chef der Opel-Personalabteilung in der Bundesrepublik, Dr. Schlotfeld, verriet, daß die Opel-Bosse auch schon präzise Vorstellungen haben, wieviele Kollegen bei uns gefeuert werden sollen: Insgesamt seien 10 000 Arbeiter zuviel, 3500 sollen in Antwerpen, insgesamt 6500 in den Werken Bochum, Kaiserslautern und Rüsselsheim entlassen werden.

Bereits in den letzten Monaten wurden bei Opel/Bochum viele Kollegen entlassen. Im letzten Monat waren es 49. Zum Teil wurden für diese Kündigungen die absurdesten Begründungen gegeben – z.B. Fehlzeiten aus den 60-ger Jahren.

Fortsetzung auf Seite 3

Weder Giscard, noch Mitterand, weder die Pest,noch die Cholera!

Die Stichwahl um die französische Präsidentschaft zwischen dem Kandidaten der republikanischen Partei, Giscard d'Estaing, und Francois Mitterand, dem Kandidaten des Bündnisses von 'K'PF-Revisionisten und Sozialdemokraten ist entschieden. Mit knapper Mehrheit erhielt Giscard den Chefposten.

Beide hatten sich im Wahlkampf einen 'linken' Anstrich gegeben. Das Gerede Giscards von der 'sozialen Gerechtigkeit' war dabei leicht zu durchschauen. Mitterand aber, der sich als "Volksfront"vertreter aufspielte, versuchten die Revisionisten der 'K'PF als überzeugten Kämpfer für den Sozialismus hinzustellen, um die Illusionen über einen friedlichen parlamentarischen Weg zum Sozialismus zu schüren. **Aber mit Mitterand stand nicht der Sozialismus zur Wahl, sondern ein übler Demagoge und Betrüger der Bourgeoisie, von revisionistischen Verrätern präsentiert.**

In ihrer letzten Ausgabe vor der Wahl hob die marxistisch-leninistische Zeitung L'Humanite Rouge noch einmal hervor, daß sich für das Proletariat und die anderen Werktätigen in Frankreich das Schicksal durch die Wahlen nicht ändern wird: "Alle Propagandamittel hat die Bourgeoisie aufgeboten, um den Wahlen einen Beigeschmack von Entscheidung zu geben und die falsche Idee zu verbreiten: Alles hängt vom Resultat der Abstimmung ab. Also ist es denn wahr, daß die Zukunft der Arbeiter unseres Landes von der Wahl des einen oder anderen Kandidaten abhängen soll? "

"Für die wahren Marxisten", schreibt L'Humanite Rouge, "ist der Klassenkampf der Motor der Geschichte und die grundlegende Frage ist zu wissen, wer die politische Macht hat. Oder ist der Gegensatz zwischen Giscard und Mitterand der Gegensatz zwischen zwei Klassen? Der eine wie der andere ist erprobter Repräsentant der reaktionären Bourgeoisie.

Die Zeitung fährt an anderer Stelle fort: "Der Wahlrummel ist heute Opium fürs Volk, dazu bestimmt, im Volk Illusionen in die bürgerlichen Wahlen und in die Repräsentanten der Bourgeoisie zu säen. Deshalb kommt es jetzt darauf an, Giscard als die Pest, Mitterand als die Cholera zu bekämpfen und beide zusammen als die Repräsentanten des Klassenfeindes des Proletariats. **Deshalb kommt es jetzt darauf an, zu arbeiten und die Illusionen in die Wahlen zu zerstören und ideologisch die Massen vorzubereiten auf die notwendige und unvermeidliche proletarische Revolution, die einzig sichere Stimme, die zum Sozialismus führt und zur vollständigen Befreiung der Unterdrückten.'**

Aus dem Inhalt :

Das portugiesische Volk wird bis zum Sieg kämpfen .... S. 2
Massenstreiks in Dänemark .... S. 3
Politische Entlassung bei Opel/ Bochum .... S. 3
Tausende Tonnen Gift auf Müllhalden .... S. 4
Kampf gegen NPD-Parteitag .... S. 4
Generalstreik in Indien .... S. 5
Ausländische Besatzertruppen raus aus Oman! .... S. 5
Indische Reaktionäre führen 1. Atomversuch durch .... S. 6
Sicherheitskonferenz in der Sackgasse .... S. 6
Panzergrenadier fristlos entlassen .... S. 7
D'K'P und Polizei gemeinsam gegen Kommunisten .... S. 7
Mord für den Profit ....
"Wir arbeiten für uns selber" .... S. 8

PALÄSTINA

Wer ist verantwortlich für Ma'Alot?

Wie immer, wenn es darum geht, die Terrorherrschaft der israelischen Zionisten zu rechtfertigen, berichtet „Bild" in groß aufgemachten Fotoberichten über das Geschehen in Ma'Alot, über Verzweiflungsschreie sterbender und schwerverletzter Kinder.

Daß es „Bild" nicht um das Leben der Kinder geht, zeigte sich zwei Tage später, als die Zionisten mit Mirage- und Phantombombern 7 Flüchtlingslager im Libanon bombardierten: wo war da zu lesen, daß eine israelische Rakete die Hauptschule des Lagers Ain Halwe zertrümmerte? Wo klagte „Bild" die bestialischen Methoden der Zionisten an, die mit ihren Bomben auch Spielzeug abwarfen – Puppen, Brummkreisel und Spielautos, die, wenn sie aufgehoben werden, die Kinder in der Luft zerreißen? – Stattdessen Siegesmeldungen: ‚In Beirut klirrten die Fensterscheiben"!

Jawohl, es ist furchtbar, wenn Kinder wie in Ma'Alot sterben müssen. Und es ist um so widerlicher, wenn „Bild" ihren Tod benutzt, um gegen die berechtigten Forderungen des palästinensischen Volkes nach Befreiung seiner Heimat zu hetzen und um die Verantwortlichen für das Massaker in Ma'Alot zu decken: die israelischen Zionisten.

Wer hat denn den Widerstand des palästinensischen Volkes hervorgebracht? Die Zionisten vom Schlage der Gurion, Meir und Dajan, die dem palästinensischen Volk seine Heimat gewaltsam geraubt haben, es zu Millionen vertrieben und ins Elend gestürzt haben und über die Verbliebenen eine Terrorherrschaft errichtet haben, die die Palästinenser jeglichen Rechtes beraubt. Unter dem rassistischen Vorwand, einen Staat der Juden zu schaffen, lassen sie sich von den Imperialisten aus aller Welt Menschen herankarren, die ihnen als Kanonenfutter dienen, als Stütze ihrer Willkürherrschaft über Palästina.

Um diese Terrorherrschaft aufrechtzuerhalten, sie sogar noch auszudehnen in die angrenzenden arabischen Länder, haben sie ohne mit der Wimper zu zucken, die Bevölkerung Israels bluten lassen – sei es bei ihrer Aggression gegen die arabischen Länder, sei es bei der Unterdrückung des palästinensischen Widerstandes wie in Ma'Alot, wo Kinder sterben mußten, weil die Zionisten um jeden Preis ihre Terrorherrschaft durchsetzen wollen.

Bei der Lobpreisung dieses zionistischen Terrors entlarvt „Bild" denn auch seine wahre „Kinderliebe": „Der mutige Moshe Dayan, der bei Kommando-Unternehmen ‚die Hälfte Verluste' einkalkulierte...". Jawohl, der Mord an den Kindern war eine kalkulierte Sache der Zionisten. Und das hat auf der ganzen Welt Entrüstung hervorgerufen, auch in Israel: nahezu 70% der Bevölkerung verurteilten nach einer Meinungsumfrage das Vorgehen der Regierung in Ma'Alot. Ein Zeichen dafür, daß die Bevölkerung in Israel immer deutlicher den Terror und die Lügenpropaganda der Zionisten, mit denen „Bild" in eine Kerbe haut, durchschaut.

Das Interesse der "Bild"-Zeitung, die Tatsachen zu verdrehen, ist das Interesse der Imperialisten auf der ganzen Welt, vor allem das der beiden Supermächte USA und Sowjetunion: die berechtigten Forderungen und Interessen des palästinensischen Volkes zu verteufeln und den Zionismus zu unterstützen. Mit Milliarden-Beträgen, Kriegsmaterial und Menschen haben sie die Zionisten ausgerüstet, damit sie im Dienst des Imperialismus ihre Terrorherrschaft gegen das palästinensische Volk und gegen die anderen arabischen Völker errichten konnten. Es ist dafür die Aufgabe der Zionisten, im Nahen Osten den Imperialisten freien Zugang zu verschaffen und den Kampf der arabischen Völker um Freiheit und Unabhängigkeit zu unterdrücken.

Doch die Zionisten erleiden trotz allseitiger Unterstützung der Imperialisten, trotz ständiger Verschärfung ihres Terrors immer grössere Niederlagen. Die Einheit der arabischen Völker gegen die zionistische Aggression und die Besetzung arabischer Territorien wird größer und stärker. Auch der Widerstandskampf des palästinensischen Volkes erstarkt. Eine libanesische Zeitung schreibt: „Noch nie seit der Gründung des jüdischen Staates haben die Fedaijin gleichzeitig so große Operationen innerhalb eines besetzten Gebietes ausgeführt, ein Umstand, der zeigt, daß es der PLO in der Tat gelungen ist, starke Zellen innerhalb von Israel aufzubauen, in Übereinstimmung mit ihrer neuen Politik, die Operationen aus dem besetzten Gebiet selbst vorsieht."

Der Kampf des palästinensischen Volkes gegen die zionistische Terrorherrschaft und ihre Beschützung durch die Supermächte wird nicht eher aufhören, bis das Volk seine ganze Heimat vom Zionismus befreit hat und jener Staat errichtet ist, wo Palästinenser und Juden nach ihrem eigenen Willen friedlich leben können. **Das Recht ist auf der Seite des palästinensischen und der anderen arabischen Völker!**

NIEDER MIT DER ZIONISTISCHEN HERRSCHAFT!

SCHLUSS MIT DER UNTERSTÜTZUNG DER ZIONISTEN!

SCHLUSS MIT DER ANTIARABISCHEN HETZPROPAGANDA!

ES LEBE DER PALÄSTINENSISCH-ARABISCHE BEFREIUNGSKAMPF!

Berichtigung

Im Roten Morgen Nr. 20 wird im Artikel „Wir unterschreiben nicht die Spaltung Deutschlands" geschrieben, daß das deutsche Volk ungefähr seit 1956 für lange Zeit seine Vorhut im Kampf für Einheit, Unabhängigkeit und soziale Befreiung verloren hat. Das ist nicht richtig. In der KPD hat es wie in jeder Kommunistischen Partei immer einen Kampf zweier Linien gegeben. 1956 hatte die revisionistische Linie bereits die Oberhand gewonnen, aber die KPD war noch nicht vollständig entartet. Entscheidend für die Entwicklung der Revolution aber war, daß von den Marxisten-Leninisten in der KPD der Kampf gegen die revisionistische Entartung geführt wurde bis zur schließlich unbedingt notwendigen Trennung von dieser Partei und dem Aufbau der echten Kommunistischen Partei, der KPD/ML.

Im gleichen Absatz des Artikels ist im Zusammenhang mit dem Mauerbau 1961 die Rede vom Einmarsch der Sowjetunion. Hier ist der Einmarsch der sowjetischen Sozialimperialisten in die CSSR gemeint.

Das portugiesische Volk wird bis zum Sieg kämpfen

Eine gewaltige Streikwelle hat Portugal erfaßt. 9.000 Arbeiter der Lisnave-Schiffswerft legten die Arbeit nieder, die Werke ausländischer Chemiekapitalisten, darunter auch Bayer Leverkusen, liegen seit einigen Tagen still. Am Freitag letzter Woche sind auch die Textil- und Wollarbeiter in den Streik getreten. Eine erhebliche Erhöhung der bisherigen Hungerlöhne – das ist die breiteste Forderung in diesen Streiks. So fordert die Textilgewerkschaft Lohnerhöhungen um 60%. Von Anfang an hatten die Streiks jedoch auch politischen Charakter. In den verschiedensten Betrieben forderten die Arbeiter die Ablösung der faschistischen Fabrikdirektoren durch demokratische, antifaschistische Kräfte.


Ein faschistischer ehemaliger Geheimdienstler wird von Soldaten vor dem gerechten Zorn des Volkes geschützt

Mit diesen Streiks beweist die portugiesische Arbeiterklasse, daß sie die neugewonnenen demokratischen Rechte zu einem gewaltigen Schlag gegen den Faschismus ausnutzt, daß sie die revolutionärste Klasse Portugals ist, die das Volk gegen die Grundfesten des portugiesischen Faschismus, gegen die einheimischen Kapitalisten und gegen das ausländische Monopolkapital führen wird. „Nicht Caetano, nicht Spinola, sondern Sozialismus" – das ist der Weg der Befreiung des portugiesischen Proletariats und des gesamten werktätigen Volkes.

Sicher, der Militärputsch und der Machtantritt Spinolas haben dem Volk nach der 48-jährigen Nacht des Faschismus neue Freiheiten und neue Rechte gebracht. Insofern ist es nicht richtig, wenn wir im Roten Morgen schrieben, es handele sich nur um ein Auswechseln der Tyrannen in Portugal. Das bedeutet eine Unterschätzung des Kampfes der Volksmassen, eine Unterschätzung des sicheren Sieges der Befreiungskämpfe in Mozambique und Angola. Durch den Kampf der Völker stand das portugiesische faschistische Kolonialregime vor dem absehbaren Zusammenbruch.

Das Volk, die US-Imperialisten und Spinola sind gegen Caetano – aber aus völlig verschiedenen, ja entgegengesetzten Gründen. Spinola will im Auftrag der US-Imperialisten und als Vertreter der portugiesischen Bourgeoisie das Ende des Caetano-Faschismus, um die Macht seiner Klasse zu sichern. Das Proletariat und das ganze werktätige Volk will das Ende des Caetano-Faschismus, um die Macht des US-Imperialismus und der einheimischen Bourgeoisie zu stürzen. So wird der verzweifelte Versuch der US-Imperialisten und der portugiesischen Bourgeoisie, ihre morsche Herrschaft zu retten, indem sie den Caetano-Faschismus stürzten, gleichzeitig der Beginn eines neuen Aufschwungs im Kampf des portugiesischen Volkes gegen seine Unterdrücker werden.

Offen geben sogar die bürgerlichen Zeitungen zu, daß es die Angst vor der proletarischen Revolution ist, die die US-Imperialisten und die portugiesische Bourgeoisie dazu bewogen hat, ihrer Regierung ein „linkes" Image zu geben, zu dem vor allem die beiden Minister aus der revisionistischen „K"PP beitragen sollen. Die modernen Revisionisten sind es auch, die versuchen, die gegenwärtige Bewegung zur Verjagung der faschistischen Fabrikdirektoren in den Betrieben in eine Bewegung für „Mitbestimmung" umzuwandeln und so zu verhindern, daß der Faschismus mit seinen Wurzeln ausgerottet wird. „Wir Kommunisten werden alles geben, einschließlich unser Leben, um die Freiheit, den Frieden und die Demokratie zu verteidigen." – So bot sich Cunhal, der Führer der revisionistischen „K"PP, an. Wie dieser Kampf aussehen soll, zeigte sich am ersten Mai, wo revisionistische Ordnertrupps an Stelle der Polizei gegen Marxisten-Leninisten und revolutionäre Kräfte vorgingen.

Man darf sich keinen Illusionen hingeben. Portugal ist kein Beispiel für


Freiheitskämpfer in Guinea Bissao

die gemeinsamen Interessen von Bourgeoisie und Proletariat im Kampf gegen den Faschismus, ist kein Beispiel für den schrittweisen Weg zum Sozialismus. Nicht zufällig hat sich Spinola in der provisorischen Verfassung vorbehalten, bei inneren Unruhen den Ausnahmezustand ausrufen zu können.

Auch in Portugal gibt es nur einen Weg, die Rechte und die Freiheit des Volkes zu verwirklichen. Das ist der Sieg im Volkskrieg – im Kampf gegen die US-Imperialisten und die einheimische Bourgeoisie.

Massenstreiks in Dänemark

Neben Schweden war es stets Dänemark, das uns als Musterland "sozialer Demokratie" in Skandinavien gepriesen wurde. Aber die "Idylle des Klassenfriedens" die uns auf diese Weise vorgegaukelt werden sollte, ist durch den Aufschwung der Kämpfe der dänischen Arbeiterklasse längst in den Bereich der Wunschträume der Bourgeoisie verwiesen worden.

Jetzt traten über 200 000 dänische Kollegen in den Streik - gegen die reaktionäre Gewerkschaftsführung, die angesichts der Kampfentschlossenheit der dänischen Arbeiterklasse zwar von "Verständnis" faselt, aber die spontanen Kampfaktionen der dänischen Kollegen genau wie bei uns die DGB-Bonzen als "wilde Streiks" verurteilt. Aber auch ihr Auftreten konnte nicht verhindern, daß in den Werften, Häfen, Brauereien, Transportunternehmen, bei der Müllabfuhr und in den Zeitungsdruckereien die Brokken flogen. Die Kampffront war so breit, daß die bürgerliche Presse von einem Generalstreik jammerte.

Anlaß der Kämpfe war die Tatsache, daß die Regierung Hartling, obwohl die wirtschaftliche Lage der Werktätigen in Dänemark sich ohnehin aufgrund der gallopierenden Teuerung ständig verschlechtert, ein sogenanntes "Sparprogramm" beschloß, das im wesentlichen aus Steuererhöhungen besteht, durch die die Ausplünderung der werktätigen Massen Dänemarks weiter verschärft werden soll.

Dagegen demonstrierten allein in Kopenhagen rund 50 000 Kollegen. **Die Tatsache, daß diese großartigen Kampfaktionen ohne und gegen die reaktionäre Gewerkschaftsführung durchgeführt wurden, zeigt, daß die dänische Arbeiterklasse den Kampf in die eigene Hand genommen hat.** Daran werden auch die modernen Revisionisten auf die Dauer nichts ändern können, die mit bekannten Parolen, wie "Senkung der Rüstungsausgaben!", "Kürzung der Millionärseinkommen!" und vor allem mit der Forderung nach Neuwahlen die dänische Arbeiterklasse in reformistisch-parlamentarisches Fahrwasser zerren möchten.

Der Kampf der dänischen Arbeiterklasse richtet sich vor allen Dingen auch gegen die EWG, die als Zusammenschluß der Monopole besonders die Ausplünderung der Arbeiter und Bauern in den kleineren kapitalistischen Ländern Westeuropas betreibt. Nachdem der Kampf der Arbeiter und Bauern Norwegens den Beitritt Norwegens in die EWG vorläufig verhindert hat, zeichnet sich eine breite Kampffront der Werktätigen Skandinaviens gegen die EWG der Imperialisten ab.

ROTER MORGEN
Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel. 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur; Dieter Stoll, Dortmund Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,-DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Fortsetzung von Seite 1

Hauptsächlich aber lassen die Autoindustriebosse im Moment noch kurzarbeiten. Doch Kurzarbeit ist nur eine verschleierte Form der Arbeitslosigkeit. VW-Chef Leiding sagte schon Anfang März: "Kurzarbeit kann selbstverständlich nicht für die Dauer als Lösung der Schwierigkeiten angesehen werden. Ein anhaltender Absatzrückgang von 20% muß zu anderen Konsequenzen führen!" Auch wenn Leiding anschließend scheinheilig beteuert hat, an Massenentlassungen sei momentan nicht gedacht, zeigen Schlotfelds Ausführungen, wie diese "Konsequenzen" aussehen sollen.

Die Automobilindustrie steckt in der Krise, die Produktion wird in diesem Jahr um mindestens 20% gegenüber dem Vorjahr zurückgehen. Das sagen selbst die bürgerlichen Experten der Banken und der Automobilkonzerne voraus. Nicht nur in Westdeutschland, auch in den USA werden in diesem Jahr mehr als 1,5 Millionen Autos weniger als im Vorjahr produziert werden. Der Export von VW in die Vereinigten Staaten ist beispielsweise um 26% zurückgegangen.

Die Kapitalisten behaupten, die Krise der Autoindustrie sei eine Folge der "Ölkrise", der "Geschwindigkeitsbegrenzungen" usw. **In Wirklichkeit ist die Krise der Automobilindustrie eine Folge ihrer Jagd nach Maximalprofiten.** Auf der einen Seite steigerten die Kapitalisten ständig die Produktion. Im scharfen Konkurrenzkampf versuchten sie, möglichst viele Wagen abzusetzen, sich einen möglichst großen "Marktanteil" zu erobern. Kleinere Firmen wie Borgward, Glas gingen Pleite oder wurden von den großen Konzernen geschluckt. Die großen Konzerne erweiterten die Kapazitäten. Gleichzeitig verschärften sie die Ausbeutung in den Betrieben, die Reallöhne wurden gesenkt. Das betrifft nicht nur die Kollegen der Automobilindustrie, sondern alle Werktätigen. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Werktätigen ist so weit vorangeschritten, daß die meisten Kollegen sich ein Auto praktisch nicht mehr leisten können. Und selbst wenn die Frau mitarbeitet, reicht es meistens nicht für einen Neuwagen. Gleichzeitg hat sich im internationalen Maßstab die Konkurrenz zwischen den Imperialisten verschärft, so daß der Nachfragerückgang bei uns nicht durch Exportsteigerungen ausgeglichen werden kann. Die Krise in der Automobilindustrie ist ein Anzeichen für die Krise des **Kapitalismus.**

Um ihre Profite auch angesichts der Krise zu sichern, treiben die Kapitalisten die Ausbeutung in den Betrieben voran und verschärfen die Rationalisierungsmaßnahmen, legen Teile der Produktion still. **Aber sie stoßen auf die gewachsene Kampfkraft und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse.** Die westdeutsche Arbeiterklasse nimmt Lohnkürzungen, heraufgesetzte Bandgeschwindigkeiten nicht kampflos hin. Gerade Autowerke wie Ford und Opel standen im Brennpunkt der Kämpfe im August 73. Darum schielen die Kapitalisten auf andere Länder, wo es Millionen Arbeitslose gibt. VW hat bereits Werke in Brasilien und Mexiko. Leiding stellt zufrieden fest, daß in Mexiko fertig montierte und nach Europa verschiffte Käfer hier immer noch "konkurrenzfähig" sind. So werden unsere Kollegen dort ausgebeutet. In den VW-Passat werden bereits in Mexiko produzierte Getriebe eingebaut. Auch bei dem in den USA geplanten VW-Werk denkt Leiding vor allem an die schärfere Ausbeutung, der die amerikanische Arbeiterklasse ausgesetzt ist. Genüßlich stellt er fest, daß es in den USA 247 Arbeitstage (bei uns 197) gibt, daß die "Abwesenheitsquote" nur 3,5 bis 4,5% (im VW-Werk Hannover 1971 angeblich 22%) beträgt, daß die amerikanischen Kollegen sich offensichtlich auch noch krank ins Werk schleppen müssen, um nicht auf die Straße zu fliegen.

Hier sollen Tausende auf die Straße fliegen. Und Massenentlassungen wird es nicht nur in der Autoindustrie geben. Von der Autoindustrie ist jeder 7. Arbeitsplatz abhängig.

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG, ARBEITSLOSIGKEIT UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!
VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DEN KAPITALISMUS UND SEINE HANDLANGER!

Politische Entlassung bei Opel/Bochum

Die Wut ist gross

Zwei Tage, bevor die geplanten Massenentlassungen bekanntgegeben wurden, warfen die Opelkapitalisten und ihr Betriebsrat Genossen Jochen B. und Abdul K., Sprecher aller ausländischen Kollegen in der Vertrauensleutekörperleitung, hinaus. Diese beiden Entlassungen haben die Unruhe im Betrieb noch größer gemacht, werden noch besser dazu beitragen, die Opel-Kollegen in ihrem Kampf gegen Massenentlassungen zu organisieren.

Angebliche „Fehlzeiten" mußten bei Abdul K. als Kündigungsgrund herhalten. Aber jeder Opelarbeiter weiß, warum Abdul entlassen wurde: Weil er auf der letzten Betriebsversammlung den Schandabschluß von 11% anprangerte, weil er die Senkung der Arbeitsgeschwindigkeit forderte und die Entlassung von 216 Spaniern verurteilte.

Gründe wie „Fehlzeiten" waren bei Genossen Jochen absolut nicht aufzutreiben. Die Opel-Kapitalisten und ihr Handlanger, Betriebsrat Perschke, sagten den Entlassungsgrund ganz offen: Jochens mutige Rede auf der Betriebsversammlung und die Tatsache, daß seine Kollegen bereit waren, ihn trotz aller Schikanen der IGM zum Vertrauensmann zu wählen (siehe letzte Nummer des ROTEN MORGEN).

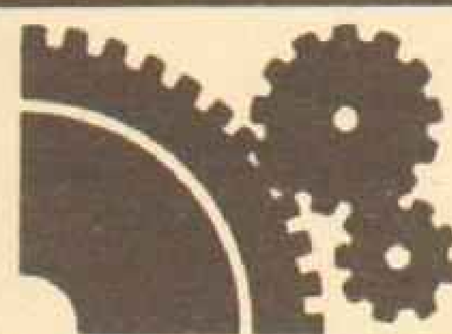
Bei den Opel-Kapitalisten hört sich das wörtlich so an: „Der Tenor seines Beitrages war darauf gerichtet, die Werksangehörigen durch falsche, unvollkommene und im Sinne seiner – inzwischen bekannten – politischen Ausrichtung gegen die Firmenleitung und den auf demokratische Weise gewählten Betriebsrat aufzubringen und damit den Betriebsfrieden, d. h. die zwischenmenschlichen Beziehungen der Arbeitnehmer in und zu ihrem Betrieb zu stören." Und um der Zustimmung des BR in jedem Fall sicherzugehen, fügten die Bosse noch hinzu, daß es dem Betriebsrat bekannt sein dürfte, daß Genosse Jochen wegen Besetzung des DGB-Hauses in Kiel einen Prozeß habe. Die Kündigung wurde vom Betriebsrat sofort angenommen. Genosse Jochen soll sofort aus dem Betrieb verschwinden. Der Meister fordert ihn auf, während der Kündigungsfrist den Urlaub zu nehmen. Als Jochen sich weigert, droht Opel ihm mit einer Anzeige wegen „Hausfriedensbruch". Zwei „unauffällige Herren in Zivil" vom Werkschutz sind den ganzen Tag hinter ihm her und bewachen ihn sogar in der Kaue.

Jochens Kollegen sind zutiefst empört. Die Nachricht vom Terror der Geschäftsleitung spricht sich in Windeseile im ganzen Betrieb herum. Am Nachmittag kommt es dann zum ersten Mal über Radio: 6.500 Kollegen in Bochum, Rüsselsheim und Kaiserslautern sollen entlassen werden.

Die Opel-Betriebszelle beginnt sofort, den Kampf zu organisieren: Am nächsten Tag erscheint das zweite „Zündkerze"-Extrablatt in dieser Woche zu den Massenentlassungen und zu den Gestapomethoden der Geschäftsleitung gegenüber Genossen Jochen. Als die Frühschicht zur Pause aus dem Betrieb kommt, hängt ein riesiges Transparent an der Brücke vor der Opel-Auffahrt: „Sofortige Rücknahme der Kündigung von Jochen B." An Propagandaständen der Partei und der Roten Hilfe Bochum diskutieren die Kollegen über die geplanten Massenentlassungen, über den Rausschmiß von Jochen und Abdul. Noch zögern sie, sind sie von der Nachricht über die Massenentlassungen wie betäubt. Doch die Wut ist groß. Viele, die das Zechensterben mitgemacht haben, stehen jetzt zum zweitenmal vor dem Nichts. „Wenn hier einer anfangen würde", sagen sie zu den Genossen, „ich wäre sofort dabei!"



Opel-Streik 1970



Arbeiterkorrespondenzen

ROTER JUGENDVERTRETER GEWÄHLT

Auch beim Mannesmann-Röhrenwerk in Düsseldorf-Rath wächst der Kampf der Kollegen gegen Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung. Die Kommunisten gewinnen immer mehr Einfluß unter den Kollegen. Das zeigte sich auch bei den Jugendvertreterwahlen am 8. Mai: trotz übler Hetze und scharfer Angriffe von Betriebsrat und Ausbildungsleitung wurde der Kommunist Uwe Bräutigam und mit ihm ein weiterer fortschrittlicher Kollege in die Jugendvertretung gewählt.

Einer der ersten Versuche, den wachsenden Einfluß der Roten Garde im Betrieb zu bekämpfen, waren Flugblätter, die sich hinter einer Scheinorganisation namens ADA (Aktion Demokratischer Auszubildender) verbargen. Mit unverschämten Beleidigungen wurde versucht, die Kollegen gegen Uwe aufzuhetzen: „Uwe ist ein dummer Spinner, noch ein halbes Kind." Das zeigte, welche Angst die Herren davor haben, daß der „Rote Schraubstock", die Betriebszeitung der Roten Garde, immer mehr Einfluß gewinnt und daß immer mehr Kollegen erkennen, daß es nur einen Ausweg aus dem kapitalistischen System gibt: die sozialistische Revolution.

Am Anfang war uns noch unklar, welch ein großer Feind die D„K"P für die Arbeiterklasse ist. Dieser Fehler konnte durch die ideologische Erziehung durch die Partei beseitigt werden. Im Betrieb traten wir nun konsequenter für die sozialistische Revolution auf, zogen überall den klaren Trennungsstrich zwischen dem modernen Revisionismus und dem Kommunismus.

Als der reaktionäre Betriebsrat Christiansen auf der letzten Belegschaftsversammlung in seinem Schlußwort nur gegen die Rote Garde hetzte und dem Genossen Uwe mit dem Gewerkschaftsausschluß drohte, wurde er von vielen Kollegen ausgepfiffen und durch Zwischenrufe unterbrochen.

Auf der Jugendversammlung versuchte Christiansen dann, den Kollegen einzureden, daß sie keine Kommunisten wählen sollten. **Aber als Genosse Uwe aufzeigte, daß die Bonzen die Kommunisten hassen und bekämpfen, weil die Kommunisten die Interessen der Arbeiterklasse vertreten und nicht die der Kapitalisten, bekam er großen Beifall.** Weitere Angriffe des Betriebsrates quittierten die Kollegen mit Buhrufen und Pfiffen, daß Christiansen schließlich seine Rede abbrechen mußte.

Daraufhin warf die Geschäftsleitung dem kommunistischen Kollegen Diebstahl vor. Es wurde sogar das Gerücht verbreitet, Genosse Uwe sei wegen Diebstahls verhaftet worden. Aber als die Rote Garde dieses schmutzige Vorgehen entlarvte, mußten diese Vorwürfe auf den Druck der Kollegen zurückgenommen werden.

Jetzt wandten sie einen neuen Trick an: im Namen der KPD/ML wurden gefälschte Briefe verschickt, um die Partei bei Kollegen in Mißkredit zu bringen.

Aber diese Versuche scheiterten wie alle anderen: die Jugendvertreterwahlen wurden für die Kollegen und die Rote Garde zu einem Erfolg. Immer mehr Kollegen kommen im Betrieb zu den Genossen und diskutieren mit ihnen. Einige kaufen jetzt regelmäßig den Roten Morgen und ein Kollege abonnierte „China im Bild" und die „Peking Rundschau".

"UND WENN WIR STREIKEN MÜSSEN"

"Sobald die Frau die Fabrik betrat, hat sie auch immer stärker die Kraft der organisierten Arbeiterschaft erfahren, immer besser gelernt, daß diese Kraft sich gegen einen gemeinsamen Feind, das Kapital, richten muß. Das hat die Geschichte gezeigt, das zeigt sich heute." So schriebt ihr im Roten Morgen zum Weltfrauentag. Das stimmt genau. Ich will Euch berichten, wie sich das in unserer Fabrik, bei Siemens in Witten, gezeigt hat.

Wenn man heute die Fabrik betritt, merkt man sofort: Überall herrscht eine große Unruhe. Am 6. Mai waren BR-Wahlen bei Siemens und ich wurde zur Betriebsrätin gewählt. 241 Stimmen von 813 für eine rote Betriebsrätin – das ist ein hervorragendes Ergebnis. Aber die Kolleginnen beschränkten sich nicht auf die Wahl: Die reaktionäre Mehrheit des Betriebsrats hatte den früheren Betriebsratsvorsitzenden Rein wieder zum Vorsitzenden gewählt, obwohl er von mir auf der Belegschaftsversammlung klar als Spitzel der Werksleitung entlarvt worden war, obwohl er bei der Wahl nur noch den 4. Platz erreichte.

Die Kolleginnen waren äußerst empört. **"Wir wollen den nicht"** sagte eine, **"und wenn wir streiken müssen, wir wollen den nicht."** Und überall im Werk standen die aktivsten Kolleginnen auf, überwanden ihre Angst und ergriffen die Initiative. In 2 Tagen wurden 300 Unterschriften gegen Herrn Rein gesammelt – das sind mehr Kolleginnen als ihn überhaupt gewählt haben.

Ihr fragt sicher, wie es zu dieser Entwicklung gekommen ist. **Wir meinen, dadurch, daß wir Kommunisten auf der revolutionären Linie der KPD/ML gekämpft haben.** Dadurch, daß wir ehrlich als Kommunisten unsere Ansichten gesagt haben, daß wir uns nicht haben einschüchtern lassen und daß wir auch, als wir scheinbar allein standen, darauf vertraut haben, daß unsere Sache gerecht ist und darum Unterstützung finden wird.

Sie sammelten Unterschriften gegen mich – ich wurde zur Vertrauensfrau gewählt. Sie drohten mir mit Gewerkschaftsausschluß – ich kandidierte zur Betriebsratswahl. Sie schickten mir eine Verwarnung – ich trat auf der Belegschaftsversammlung auf. Ich beschrieb – wie es im Roten Morgen zum Weltfrauentag steht – die besondere Unterdrückung der Frau im Kapitalismus und mit welchen Mitteln die Bourgeoisie versucht, uns vom Kampf abzuhalten. Ich sagte klar – wie es im RM-Extrablatt zur Mitbestimmung steht – daß die Mitbestimmung ein Betrug ist und daß wir nur durch den unversöhnlichen Klassenkampf Erfolge erringen können.

Durch den offensiven Kampf der Kommunisten ist ein Hoffnungsstrahl in das Sklavendasein gefallen: Die Hoffnung auf ein freies, stolzes, menschenwürdiges Leben. Und da es dem Feind nicht gelingen konnte, die aufkeimende Hoffnung zu ersticken, wächst in den Arbeiterinnen das Bewußtsein, daß wir stark sind, daß unsere Klasse siegen kann.

Revisionistisches

„Wackere Antimilitaristen"

In einigen bürgerlichen Zeitungen wurde in der letzten Zeit über den wachsenden antimilitaristischen Kampf in der Bundeswehr gejammert. **Um zu verbergen, daß die KPD/ML und ihre Jugendorganisation die Rote Garde diese Bewegung in immer stärkeren Maße revolutionär orientiert, wurde die Parole "Im Ernstfall die Gewehre umgedreht!" einfach der 'S'DAJ, der Jugendorganisation der D'K'P untergeschoben.** In der UZ vom 16. Mai setzten sich diese wakkeren "Antimilitaristen" entschieden zur Wehr: "Durch Behauptungen wurde versucht, den ADS (Arbeitskreis Demokratischer Soldaten, eine SDAJ-Firma - RM) in linkssektiererische Positionen zu drängen. Außerdem versuchte man die Arbeit des ADS zu kriminalisieren." Wie man sieht, sind die Beziehungen zwischen der Bourgeoisie und den Jungrevisionisten auch nicht ganz ohne Probleme. Die 'S'DAJ will einfach nicht so radikal auftreten wie sie soll.

Letzte Hoffnung der D„K"P

Montag morgens vor HDW. Ein D'K'P-Mitglied pöbelt einen Genossen der den Roten Morgen verkauft an und "beschuldigt" die KPD/ML, daß sie für den gewaltsamen Sturz des Kapitalismus eintritt. Der Genosse erklärt daraufhin laut vor allen Kollegen, daß dies auch richtig ist und weist auf die konterrevolutionäre Rolle der Revisionisten am Beispiel Chile. Das ist zuviel für den Herrn von der D'K'P. Er macht sich wütend davon und schreit: "Hoffentlich werdet ihr nun bald verboten!"

Polizei - Freund und Helfer der „S"DAJ

Zwei Wochen, nachdem ein Rotgardist beim Verkauf des Roten Morgen festgenommen worden war, erscheinen Beamte der politischen Polizei bei seinen Eltern. Während sie den Eltern harte Maßnahmen gegen ihren Sohn androhen, betonen sie frech, sie wollten ja nur, daß der Sohn nicht auf den falschen Weg komme. Sie halten auch nicht damit hinter dem Berg, welchen Weg die Eltern ihrem Sohn empfehlen sollen. Einer der Polizisten jammert, die Rote Garde und die KPD/ML sei so eine "radikale Vereinigung", die nicht wie die Junge Union und die SDAJ alles anmelden. Die Polizei als Werber für die 'S'DAJ, deutlicher kann man wohl nicht zeigen, in wessen Interesse D'K'P und 'S'DAJ arbeiten.

Tatsachen verdreht

Im RM Nr. 19 berichteten wir, daß in Duisburg RM-Verkäufer und Sympathiesanten der GRF einen Stand der faschistischen "Abendländischen Legion" zerstörten, die in Flugblättern das Verbot der KPD/ML und anderer fortschrittlicher Organisationen und der revisionistischen D'K'P gefordert hatte, und versucht hatten, dafür Unterschriften zu sammeln. Diese Aktion wird in einem in der UZ vom 17.Mai veröffentlichten Leserbriefe wie folgt dargestellt: "Etwa 20 Faschisten der sogenannten Abendländischen Legion verteilten auf der Bazarstraße in Duisburg-Hamborn Flugblätter, in denen das Verbot der DKP gefordert wurde, und sammelten gleichzeitig Unterschriften. Es dauerte keine halbe Stunde, da machte eine Gruppe jüngerer und älterer Passanten diesem Treiben ein Ende." **Mit dieser Verdrehung der Tatsachen wollen die modernen Revisionisten vertuschen, daß diese Aktion zwei Dinge gezeigt hat: 1. dem Faschismus muß mit revolutionärer Gewalt begegnet werden und 2. die KPD/ML ist auch im Kampf gegen den Faschismus die führende Kraft.**

Tausende Tonnen Gift auf Müllhalden – Genug, um uns alle zu vernichten!

Der Rentner August Menges legte Regenwürmer auf eine Müllprobe, die er von dem Mülltransporter geholt hatte: „Die Regenwürmer wurden an beiden Enden sofort ganz rot, dann zerflossen sie zu Brei." Die Hotelwirtin Ella Heiß ließ, als das Leitungswasser die Schläuche ihrer Waschmaschine zerfraß, einen Lebensmittelchemiker kommen: Das Wasser ist völlig ungenießbar. Dies geschah in Sprendlingen, nahe einer Müllkippe, auf der die „Westab", eine Gesellschaft zur „Beseitigung kritischer Abfallstoffe" tausende Tonnen Arsenschlamm abgekippt hatte.

In dem jüngsten „Giftmüllskandal" wurde bekannt, daß von Schleswig-Holstein bis Bayern zehntausende Tonnen hochgiftiger Industrieabfälle in rostigen Fässern auf Müllhalden geworfen oder sogar ins nächste Gully gekippt worden sind. Arsenschlamm, Pestizide, Cyanid, die, wenn sie ins Grundwasser gelangen, ausreichen, um der gesamten Bevölkerung Siechtum und qualvollen Tod zu bringen.

Eine notwendige Begleiterscheinung unserer Zivilisation, wie viele bürgerliche Propagandisten und „Wissenschaftler" behaupten? Ist die Entwicklung der Technik schuld? Nein, aber die Klasse, die über die Technik herrscht: die Kapitalistenklasse.

Die Transport- und Beseitigungsfirmen für Giftmüll sind dabei die vorgeschobenen Strohmänner, die die eigentlich Verantwortlichen decken sollen, wie das Beispiel der „Westab" beweist: So hatte die „Westab" einen festen Vertrag mit den Farbwerken Hoechst, um deren Cyanid und Arsenschlamm bei Seite zu schaffen. Kontrolliert wurde die Westab dabei von der „Hessischen Industriemüll GmbH", an der das Land Hessen beteiligt ist. Geschäftsführer ist der ehemalige Wirtschaftsminister Hessens, Franke. Hauptanteil an dieser Kontrollgesellschaft aber besitzt niemand anderes als die Farbwerke Hoechst (50%). Was der Hoechstkonzern also mit seinem Giftmüll macht, kontrolliert niemand anderes als Hoechst – mit staatlichem Segen gleich dabei.

Kommt aber einmal ein Fall vor Gericht, weil die Empörung der Bevölkerung wächst, so sitzt eben dieser Staat zu Gericht – natürlich nicht über Monopole wie Hoechst, sondern über die Strohmänner bis hinab zum Lastwagenfahrer der Giftfuhren. Und selbst die Strohmänner werden noch geschont, wie der Düsseldorfer Arsenschlamm-Prozeß gezeigt hat: Freiheitsstrafen von 6 bis 21 Monaten und einige Tausend Mark. Das Gericht begründet auch noch zynisch: sie seien ja schließlich nicht allein schuld.

Die Empörung unter der Bevölkerung über die Gangstermethoden bei der Beseitigung von Giftmüll, über Kumpanei von Monopolkapital und Staat ist groß. Auf dem Land und in der Stadt entfaltet sich eine Bewegung, die für die Erhaltung der Natur und für die Gesundheit des Volkes kämpft. Aber wie muß dieser Kampf geführt werden?

Die Revisionisten von der D„K"P schlagen vor, die Werktätigen sollen sich für ein Gesetz „über die Erfassung, Lagerung und Vernichtung von Industriegiftmüll" einsetzen. „Ein solches Gesetz würde die Konzerne zwingen, auf ihre Kosten und unter demokratischer Kontrolle der Giftlawine ein Ende zu bereiten" – behaupten sie.

Der kapitalistische Staat soll ein Gesetz machen und dem Treiben ein Ende setzen? Dieser Staat, der alles tut, um die Monopole zu decken, der in ihrem Interesse sogar die Vergiftung vorantreibt? Eine Verordnung des letzten Jahres bestimmt, daß bei „Pflanzenschutzmitteln der Gehalt an Pestiziden 2,4,5,–T, die sich krebsfördernd auswirken, gegenüber 1966 um das fünffache erhöht werden soll! Das ist es, was die "Umweltschutz"minister ausbrüten.

Und demokratische Kontrolle des Staates? Das Land Hessen beweist mit seiner Mittäterschaft in der Hessischen Industriemüll GmbH hinreichend, was das heißt.

Solange der Kapitalismus bestehen bleibt, solange auch wird die Giftlawine steigen – daran wird auch ein Gesetz nichts ändern.

Die Entwicklung in den USA und in Japan, die noch weiter vorangeschritten ist, beweist das: Dort sind bereits ganze Regionen durch Quecksilber und andere Gifte verseucht, Menschen in diesen Regionen zu Krüppeln geworden.

Das Grundgesetz des Kapitalismus, die Jagd nach Maximalprofiten führt unweigerlich dazu, daß jede Erweiterung der chemischen Produktion und anderer Rohstoffverarbeitung sich gegen die Bedürfnisse des Volkes richtet und die Giftlawine voranrollt.

Doch es gilt nicht die Entwicklung der Technik zu verhindern, sondern sie muß der Macht der Bourgeoisie entrissen werden und in den Dienst des Volkes gestellt werden. Das aber heißt, die Bourgeoisie und ihren kapitalistischen Staatsapparat, den Kapitalismus zu stürzen und die Herrschaft des Volkes, die Diktatur des Proletariats, den Sozialismus zu errichten. Dann wird es nicht nur möglich sein, die Zerstörung der Natur und der Gesundheit der Menschen durch Giftmüll zu verhindern, sondern sogar – wie in der Volksrepublik China – die giftigen Abfälle zu nutzen, um daraus Rohstoffe, ja sogar Medizin zu gewinnen.

Das ist der Weg, den die Kommunisten im Kampf gegen die revisionistischen Illusionen vom Gesetzbuch den Massen weisen müssen, die für die Erhaltung der Natur und der Gesundheit des Volkes gegen die Umweltvergiftung ankämpfen.



DEMONSTRATION GEGEN UMWELTVERSCHMUTZUNG IN FRANKFURT

HAMBURG

Kampf gegen NPD - Parteitag

"Antifaschisten die Faust geballt, gegen den Faschismus hilft nur Gewalt!" Mit dieser Parole stürmen rund hundert Antifaschisten unter Führung der KPD/ML gegen die Polizeisperren, die den Landesparteitag der faschistischen NPD zu schützen versuchten.

Bereits in der Nacht zuvor waren die Fenster des Sitzungssaales zu Bruch gegangen und in großen roten Buchstaben prangte während des ganzen Faschistenparteitages "Tod dem Faschismus" an der Wand.

Schon Stunden vorher waren die Genossen der KPD/ML, der Roten Garde und der Roten Hilfe in mehreren Trupps durch das alte Hamburger Arbeiterviertel Altona gezogen, und forderten die Kollegen auf, gemeinsam mit der KPD/ML den Landesparteitag der faschistischen NPD in ihrem Stadtteil zu verhindern. Zahlreiche Gespräche wurden geführt und 70 Rote Morgen wurden an diesem Sonntag verkauft.

Die opportunistischen Organisationen wie der 'K'B, der 'K'BW und die Gruppe Rote Fahne Dortmund lehnten unter verschiedenen Vorwänden eine Teilnahme an dieser antifaschistischen Aktion ab. So war es allein unsere Partei, die gemeinsam mit der Roten Garde und der Roten Hilfe das revolutionäre Erbe der Altonaer Arbeiter fortführte, die den aufmarschierenden SS-Horden 1932 mit der Waffe in der Hand entgegentraten. Dieser Tag ist als "Altonaer Blutsonntag" in die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung eingegangen.



Als die Polizeitruppen sich der Demonstration in den Weg stellten, mußten 11 dieser Faschistenbeschützer verletzt abtransportiert werden, während der Demonstrationszug, dem sich mehrere Kollegen angeschlossen hatten, straff geordnet unter der Fahne der Partei mit dem Ernst Thälmann-Lied und Kurzreden durch Altona zur Schlußkundgebung auf den Spritzenplatz zog.

Nach dieser Niederlage der Polizei marschierten 400 Polizisten zum Schutz der Faschisten auf. Aber sie konnten nicht verhindern, daß unsere Partei klarstellte, daß es nur einen Weg zur Verhinderung des Faschismus gibt: den Weg der gewaltsamen proletarischen Revolution.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg - Kampf für den Arbeiterstaat bis zum Sieg!

WALLRAFF–AKTION IN ATHEN

Das griechische Volk will nicht Pazifismus, sondern Revolution!

Der westdeutsche Schriftsteller Günter Wallraff wird von der griechischen Faschistenjunta gefangen gehalten. Er hatte sich in der Athener Innenstadt an einen Laternenmast gekettet und Flugblätter an die Passanten verteilt, in denen in griechischer und englischer Sprache die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert und aufgerufen wurde, keine Urlaubsreisen nach Griechenland zu unternehmen. Wallraff wurde nach wenigen Minuten von Geheimdienstlern der Faschistenjunta schwer zusammengeschlagen und in ein Gefängnis verschleppt, wo er gefoltert und verhört wurde.

Wir wollen hier nicht über die Beweggründe urteilen, die Wallraff zu dieser Aktion veranlaßt haben. **Aber wir müssen die Frage stellen, wem diese Aktion nützt.** Der Nutzen dieser Aktion kann ja wohl nicht darin liegen, daß sie deutlich gemacht hat, daß in Griechenland eine faschistische Diktatur herrscht. Das wissen die Werktätigen in der Bundesrepublik und erst recht wissen es jene griechischen Kollegen, die Zeuge der Wallraffaktion waren.

Auf der Tagesordnung steht vielmehr die Frage, welchen Weg das griechische Volk beschreiten muß, um sich von der faschistischen Diktatur zu befreien. Individueller Protest und Pazifismus - das ist der Weg, den Wallraff beschritten hat. Es ist kein Wunder, daß die modernen Revisionisten ihm dafür überschwengliches Lob zollen. Nicht nur die D'K'P, auch die griechischen Revisionisten, die sich hinter den sogenannten "antidiktatorischen Komitees' verstecken und die es waren, die dem Faschismus in Griechenland durch die Verbreitung der Ideologie der Gewaltlosigkeit den Weg ebneten, haben laut D'K'P-Zeitung UZ erklärt, "Günter Wallraff habe mit seiner Aktion in einer bewundernswerten Weise Solidarität mit dem um seine Freiheit kämpfenden griechischen Volk gezeigt.

Die modernen Revisionisten reiben sich die Hände, weil sie hoffen, daß die Wallraff-Aktion beiträgt, das griechische Volk vom einzigen Weg seiner Befreiung, dem gewaltsamen, revolutionären Sturz des Faschismus abzuhalten. **Aber die großen Kämpfe gegen Ende des letzten Jahres haben gezeigt, daß das griechische Volk entschlossen ist, diesen Weg der gewaltsamen Revolution bis zum Sturz des Faschismus und der Errichtung der Volksherrschaft zu gehen.**

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Generalstreik in Indien

Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes sind die indischen Arbeiter am 15. Mai geschlossen zum Generalstreik aufgestanden. Sie bekunden damit ihre Solidarität mit den Eisenbahnarbeitern, die seit 2 Wochen für eine 75%-Lohnerhöhung streiken und vom Ghandi-Regime mit reaktionärem Terror verfolgt werden.

Kein Zweifel: Die indische Bourgeoisie weiß sehr gut, daß dieser Streik, der als Lohnkampf begann und zum geschlossenen Kampf gegen Hunger und politische Unterdrückung anwuchs, an den Grundfesten ihrer Herrschaft rüttelt. Sie hat Vorbereitungen getroffen wie zum Bürgerkrieg: Innerhalb von zwei Wochen wurden mehr als 30.000 Streikführer verhaftet. In Dehli zog Indira Ghandi zu den 18.000 regulären Polizisten noch weitere 10.000 Mann Spezialeinheiten hinzu. Mehrfach kam es bereits zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten. Im Süden und Osten Indiens stehen die Truppen in Alarmbereitschaft. In maßlosem Haß gegen das Volk beschimpfte Indira Ghandi die streikenden indischen Arbeiter als „Feinde der Nation".

Doch die reaktionären Anschläge der Bourgeoisie gegen die streikenden Eisenbahner haben die Streikfront im ganzen Land nur um so enger zusammengeschlossen.

Überall kam es zu spontanen Sympathiekundgebungen. So drohten z.B. die Radiotechniker, die Sender lahmzulegen wegen der „böswilligen Propaganda von All-India-Radio gegen unsere Arbeitskollegen bei der Eisenbahn". Als die Regierung durch den Einsatz von Soldaten den Eisenbahnverkehr aufrechterhalten wollte, kam es zu Sabotageakten an Zügen und Schienen. Frauen der Streikenden setzten sich auf die Geleise und verhinderten so das Durchkommen von Streikbrecherzügen. Innerhalb weniger Tage wuchs die Bewegung so an, daß die Gewerkschaften den Generalstreik ausriefen aus Angst, sie könnten ihren Einfluß unter den Werktätigen verlieren.

Der verstärkte Einsatz dieser Arbeiterverräter, vor allem der modernen Revisionisten der „K"P Indiens, zeigt, daß die Bourgeoisie die letzten Reserven mobilisiert. Die modernen Revisionisten, die bisher die Ghandi-Clique in den Himmel gelobt hatten, um mit ihrer Hilfe das Eindringen der sowjetischen Sozialimperialisten in Indien zu beschleunigen und zu vertuschen, vollzog plötzlich unter lautem Propagandagetöse einen „vollständigen Bruch" mit der Regierung und stellte sich „voll und ganz" auf die Seite der Streikenden: Zum ersten Mal seit fünf Jahren stimmten die Abgeordneten der „K"P Indiens für einen Mißtrauensantrag gegen Indira Ghandi Sie, die wenige Tage zuvor noch den Einsatz von Armee gegen bewaffnete Bauern in Westbengalen gefordert hatten, sprachen plötzlich von „brutaler Repression", um sich in das Vertrauen der Streikenden einzuschmeicheln!


streikende Eisenbahner

Diese Arbeiterverräter spielen das gleiche Lied wie die anderen bürgerlichen Parteien, nur auf einem anderen Instrument. Während die Ghandi-Regierung zu offenem Terror gegen die indischen Arbeiter greift, versuchen die modernen Revisionisten jetzt, die Kampffront von innen zu zersetzen, um sie zusammenbrechen zu lassen. Ihr lautes „Solidaritätsgeschrei" ist nichts als Tarnung. Gleichzeitig versuchen sie, die konsequentesten und kämpferischsten Teile der indischen Arbeiterklasse auszuschalten. Die Formulierung kommt uns auch von den D„K"P-Revisionisten her ziemlich bekannt vor: sie wollen „Provokationen" und „Ausschreitungen" verhindern.

Vietnam: Saigoner Marionettenclique sabotiert Verhandlungen

Der Kampf geht weiter!

Die Provisorische Revolutionäre Regierung von Südvietnam hat die Pariser Verhandlungen für gescheitert erklärt. Monatelang hatten die Aggressoren in Washington und Saigon die ernsten Warnungen der Provisorischen Revolutionären Regierung, die Waffenstillstandsbedingungen einzuhalten und die Rechte des Volkes zu garantieren, mit neuen Kriegsverbrechen beantwortet. Damit erwiesen sie erneut, daß Imperialisten und Völkermörder vom Schlage Nixons und Thieus jedes Abkommen, jede Verhandlung brechen, wenn sie sich davon Vorteile versprechen, daß sie nur auf eine einzige Sprache hören: Auf die Sprache der Gewehre in der Hand des Volkes.

Seit dem 16. April boykottierte die Saigoner Marionettenclique die Verhandlung in Paris zur Bildung eines "Nationalen Rates der Versöhnung". Sie die monatelang das Waffenstillstandsabkommen verletzt, die Bevölkerung in den von ihr verwalteten Gebieten geknebelt und geknechtet haben, behaupteten, die Provisorische Revolutionäre Rehierung habe Kriegsverbrechen begangen!

In Wirklichkeit haben die Saigoner Faschisten ihre Greueltaten verstärkt, haben die US-Imperialisten neue Aggressionshandlungen vorgenommen. Die amerikanischen Waffenlieferungen stiegen noch an: Neue Kriegsflugzeuge und 4 Kriegsschiffe wurden an Thieu gegeben. Die Saigoner Clique bombardierte die Stadt Loc Ninh, die auf dem Territorium der Provisorischen Revolutionären Regierung liegt, beging ungezählte Überfälle und Anschläge auf die befreiten Gebiete. 30 Studenten ließ Thieu allein in dieser Zeit ermorden.

Immer wieder hat die Provisorische Revolutionäre Regierung diese Verbrechen entlarvt und die Aggressoren gewarnt: "Wenn die USA und die Saigoner Verwaltung fortfahren bei der Sabotage der Pariser Verhandlungen, müssen sie die volle Verantwortung für alle Konsequenzen tragen, die aus ihren Handlungen entspringen", heißt es in einer Stellungsnahme vom 5. Mai.

Doch die US-Imperialisten und die Saigoner Henker denken nicht daran, die Waffen aus der Hand zu legen. Bis zum letzten Atemzug trachten sie nach der Unterdrückung des Freiheitskampfes des vietnamesischen Volkes. Nur der bewaffnete Kampf des Volkes kann sie zum Zurückweichen zwingen, nur der Sieg im Volkskrieg wird sie aus Indochina vertreiben. Mehrmals betonte die Provisorische Revolutionäre Regierung, sie sei bereit, die Gespräche fortzusetzen, unter der Bedingung, daß Saigon die Waffenstillstandsbedingungen einhält und den diplomatischen Status der Vietcong-Delegation in Saigon anerkennt. Diese gerechte Forderungen jedoch hat die Thieu-Clique abgelehnt.

Unter diesen Bedingungen können keine Verhandlungen geführt werden! Scheinheilig lamentiert die Thieu-Clique heute, nach dem Abbruch der Verhandlungen, sie sei ja zu Friedensgesprächen bereit gewesen. Doch die Tatsachen sprechen eine andere Sprache! Niemals wird sich das vietnamesische Volk auf die Heucheleien dieser Verbrecher verlassen. Es wird seine Freiheit solange mit der Waffe in der Hand verteidigen, bis auch die letzten Invasoren und einheimischen Reaktionäre vertrieben sind!

Ausländische Besatzertruppen - Raus aus Oman!

"Eines sollte der Schah des Iran sich immer vor Augen halten: Daß unser Territorium von Oman schon immer zum Friedhof iranischer Invasoren wurde, und daß es auch heute zum Friedhof der neuen iranischen Invasionstruppen werden wird", heißt es in einer Erklärung der "Volksfront zur Befreiung Omans und des Arabischen Golfes"(PFLOAG) zum Überfall iranischer Truppen auf das Volk von Oman und Dhofar. Die Siege der Volksbefreiungsarmee seit Anfang dieses Jahres bestätigen diese Feststellung: 250 feindliche Soldaten wurden getötet oder verwunset, darunter hohe britische Offiziere. 80 feindliche Stützpunkte zerstörten die Soldaten der PFLOAG, sie erbeuteten Waffen und Sendeanlagen der Besatzer, sprengten Militäranlagen und - konvois in die Luft. Mehrere politische Gefangene mußte der reaktionäre Sultan Qabus unter dem Druck der kämpfenden Volksmassen freilassen.

Im Juni jährt sich zum neuntenmal der Beginn des bewaffneten Kampfes in Oman. Seit neun Jahren steht das Volk unter Waffen gegen die britischen Imperialisten und ihre einheimische Marionette, den Sultan von Maskat. 80% des Landes wurden befreit, die ganze südliche Provinz Dhofar.

Diese Siege im Volkskrieg haben den Imperialisten einen gewaltigen Schrecken eingejagt. Die Befreiung Omans hieße für sie den Verlust einer wichtigen militärischen Bastion im Kampf gegen die arabischen Völker, den Verlust eines Kontrollpunktes über die reichen Erdölvorkommen im Nahen Osten. Nichts fürchten sie mehr als das glänzende Beispiel, das das Volk Omans den arabischen Völkern täglich gibt. Schon seit Wochen haben auch die Arbeiter von Bahrain, einer benachbarten Insel von Oman, den Kampf in Massenstreiks aufgenommen.

Stillschweigend sind die beiden Supermächte dem britischen Imperialismus zu Hilfe geeilt, der nun, nach über zweihundertjähriger Kolonialherrschaft in Oman, die sichere Niederlage vor Augen hat. Sie bedienen sich des reaktionären, faschistischen Schah-Regimes, das sie aufrüsten und zum "Wachhund am Golf" bestellen wollen. Seit Jahren hat der Schah persische Soldaten in die Armee des Sultan Qabus und der britischen Imperialisten geschickt. 3000 iranische Söldner fielen Anfang des Jahres in das Land ein. Seither hat sich der Terror der Besatzertruppen ungeheuer verschärft. **In Flächenbombardements gegen die befreiten Gebiete, in Überfällen auf die Bevölkerung metzeln sie Frauen und Greise, wehrlose Kinder hin. Wie die US-Imperialisten in Vietnam, verfolgen sie die Politik der "verbrannten Erde," und versuchen, die jahrelange Arbeit zum Aufbau des Landes, die die PFLOAG geleistet hat, zunichte zu machen. Die Ernährungslage der Bevölkerung in den befreiten Gebieten hat sich durch diesen Terror verschlechtert, Krankheiten drohen sich auszubreiten. Das Manöver "Schwarzer Adler" des CENTO-Paktes im Golf, zu dem die US-Imperialisten Teile ihrer Flotte aus Vietnam schickten, war eine neue offene Drohung gegen die kämpfenden Massen von Oman und Dhofar. Um den Befreiungskampf in diesen Gebieten niederzuringen, haben sich die Imperialisten zu einem reaktionären Komplott zusammengeschlossen: Britische Soldaten neben jordanischen, kuwaitischen und iranischen Truppen, die von den US-Imperialisten mit schweren Waffen ausgerüstet sind; Kriegsschiffe der Sozialimperialisten, die im Mittelmeer, im Golf und im indischen Ozean die Völker bedrohen. Auch die westdeutschen Imperialisten haben sich diesem Komplott angeschlossen: Im vergangenen Jahr investierten sie 8 Millionen Mark in Oman, das sind 400% mehr als im Jahr 1972!**

Doch weder durch Terror noch durch Bestechung lassen sich die kämpfenden Volksmassen und ihre Führung, die PFLOAG, niederringen! 5000 Pfund Sterling boten die britischen Imperialisten für die Denunziation eines Führers der PFLOAG, 100 Pfund Sterling für jedes abgelieferte Maschinengewehr. Was haben sie bekommen? Nichts! Das Volk Omans liefert seine Waffen nicht ab, sondern richtet sie gegen seine imperialistischen Unterdrükker!

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30 Immer: 43,7 – 42,8
21.00 - 22.00 und 26,2 Meter

Indische Reaktionäre führen ihren ersten Atomversuch durch

Indien ist Atommacht geworden: Am letzten Wochenende starteten die indischen Reaktionäre im Wüstengebiet des Bundesstaates Radschastan ihren ersten unterirdischen Atomversuch von der Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Dadurch ist die gespannte Situation am Indischen Ozean, wo die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, ein unerhörtes Wettrüsten betreiben und miteinander um die Vorherrschaft rivalisieren, verschärft worden. Zugleich ist dieser Atomversuch eine Bedrohung der Volksrepublik China.

Wenn Indien jetzt zu einer Atommacht geworden ist, so besteht die eigentliche Gefahr darin, daß die sowjetischen Sozialimperialisten dies nutzen, um Indien verstärkt für ihre Hegemoniepläne in Südostasien und im Indischen Ozean einzuspannen. Schon seit langem locken sie die indischen Reaktionäre mit der Rolle des Gendarmen am Indischen Ozean. Die indische Aggression gegen Pakistan, die zur Teilung Pakistans führte und das Eindringen des sowjetischen Sozialimperialismus ermöglichte, war ein deutlicher Ausdruck dafür, wie die Sowjetunion Indien für die eigenen Herrschaftspläne vorschiebt. Mit ihrer sogenannten „Wirtschaftshilfe" hat die Sowjetunion nicht nur die indische Wirtschaft unter Kontrolle gebracht, um das Land auszuplündern und auszubeuten, sondern auch um die indischen Reaktionäre zu ihrem politischen Werkzeug zu machen.

Eine Atommacht Indien unter dem Einfluß des Sozialimperialismus aber ist eine Bedrohung gegen die VR China. Bereits seit einigen Jahren starten die sowjetischen Sozialimperialisten Versuche, einen Ring um China zu schaffen. Und gerade die indischen Reaktionäre haben sich schon einmal vom Imperialismus anstiften lassen, die VR China anzugreifen. Aber damals erteilte die Volksrepublik China bereits den indischen Reaktionären eine Lehre, daß das Rote China eine uneinnehmbare Festung ist. Und heute stellt Tschou En-lai in seinem Bericht auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas fest: **„China ist ein Stück schmackhaftes Fleisch, das alle gern verspeisen möchten. Doch dieses Stück Fleisch ist so zäh, daß es seit vielen Jahren schon keiner anbeißen kann. Mit dem Ende des „Superspions" Lin Biao ist der Zugriff noch schwieriger geworden."** Die sowjetischen Sozialimperialisten sollen sich hüten, die indischen Reaktionäre gegen die VR China zu hetzen!



Die chinesischen Volksmassen immer wachsam zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes

Eine weitere Gefahr ist, daß die Sowjetunion Indien als Atommacht benutzt, um mit Erpressung und Drohung durch die indischen Reaktionäre die sowjetische Expansion in Südostasien und im Indischen Ozean zu verstärken und die Rohstoffe und Ressourcen weiterer Länder in die Hand zu bekommen. Und daß damit die Gefahr einer offenen Konfrontation zwischen den beiden Supermächten auch in diesem Gebiet wächst. Die US-Imperialisten haben nicht untätig zugesehen, wie die Sowjetunion ihre Kriegsflotten im Indischen Ozean ständig verstärkt und aufgerüstet hat, sondern auch die US-Imperialisten unternehmen große Anstrengungen, ihre Flotten zu vergrößern und ihre Stützpunkte zu vermehren und auszubauen.

Für die Völker dieses Teils der Welt, die bereits den französischen und den britischen Imperialismus davongejagt haben und auch dem US-Imperialismus schwere Schläge versetzt haben, bedeutet der Kampf der beiden Supermächte um die Vorherrschaft in diesem Gebiet eine große Gefahr für die Unabhängigkeit und Freiheit, für die sie kämpfen. **Der Kampf gegen die beiden Supermächte sowie gegen ihre treuen Diener muß bis zum Ende geführt werden. Erst ihre völlige Niederlage wird den Völkern Freiheit und Unabhängigkeit, Frieden und Sicherheit bringen.**

Rivalität zwischen USA und Sowjetunion

"Sicherheits"konferenz in der Sackgasse

Nach den Wünschen der Sowjetunion sollte bereits im Frühjahr die 3. Phase der "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" beginnen, Inzwischen ist beinahe schon Sommer und die Verhandlungen der 2. Phase sind noch lange nicht abgeschlossen. Immer wieder mußte die Konferenz sich vertagen, weil keiner der beiden Supermächte einen Kompromiß eingehen wollte. Die Hoffnungen der Neuen Zaren im Kreml sind im Verlauf der Konferenz zerstoben. Die Rivalität zwischen den beiden Supermächte, die sich von Tag zu Tag verschärft, hat dazu geführt, daß die Verhandlungen immer mehr in der Sackgasse landen und die wahren Absichten der beiden Supermächte hinter ihren Friedenstiraden für jedermann immer deutlicher hervorschimmern.

Seit den Vorbereitungsgesprächen zu dieser Konferenz sind die Streitpunkte zwischen den beiden Supermächten immer noch dieselben: Weder bei dem Problem des "freien Austausches von Personen und Kultur" zwischen Ost- und Westeuropa noch bei dem Problem der Grenzen in Europa oder bei der Frage der "wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit" konnte man sich einigen. **War es von vornherein das Ziel der beiden Supermächte, sich bei den Verhandlungen gegenseitig zu übervorteilen und unter dem wohlklingenden Namen von der "friedlichen Zusammenarbeit" in Europa möglichst tief in den Herrschaftsbereich des anderen einzudringen, so hat die Verschärfung der Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion seit dem Oktoberkrieg im letzten Jahr die Schwierigkeiten noch größer gemacht, sich zu einigen.**

Aber auch das andere Ziel, das sich die Supermächte mit der Konferenz gesetzt hatten, rückt immer weiter in die Ferne: Unter dem Titel "Sicherheit in Europa" sollten die europäischen Länder unter den Herrschaftsanspruch der beiden Supermächte in Europa eine Blanko-Unterschrift setzen. Doch viele Länder Europas erkennen immer klarer, daß die beiden Supermächte keine Friedensabsichten hegen und sind nicht bereit, den beiden Oberherren ihre Blanko-Unterschrift zu geben.

Bei vielen teilnehmenden Ländern ist die Angst und Unsicherheit während dieser Konferenz gewachsen, Angst und Unsicherheit über die Bedrohung, die von den Expansionsabsichten der beiden Supermächte, insbesondere von den sowjetischen Sozialimperialisten, ausgeht.

So forderten die Schweiz, Österreich, Schweden, Finnland, Jugoslawien und Zypern aus Sorge über die Händel der beiden Supermächte hinter ihrem Rücken, daß die teilnehmenden Länder der Konferenz über die Wiener Gespräche zur "Truppenreduzierung" informiert werden sollten. Die Sowjetunion lehnte das strikt ab.

Ebenso gingen die Sozialimperialisten gegen die Forderung an, daß die Mittelmeerländer, die nicht zu Europa gehören, zur Konferenz geladen werden und ihren Standpunkt zur Frage der Sicherheit darlegen. **Doch wie die Vertreter mehrerer kleinerer und mittlerer Länder bereits zu Beginn der Konferenz gegen den Willen der Supermächte durchsetzten, daß die Mittelmeerländer zu Wort kamen, so führten sie auch diesmal einen entschlossenen Kampf.** Dadurch wurde es den Vertretern von Algerien, Ägypten, Syrien, Tunesien und Marokko ermöglicht, noch einmal auf der Konferenz zu sprechen. In ihren Reden hoben sie hervor, daß die Fragen der Sicherheit unlösbar verbunden sind mit der Entwicklung im Mittelmeerraum.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die beiden Supermächte ihre Flotten ständig im Mittelmeer kreuzen lassen, um Unruhe und Unsicherheit zu stiften. Daß beide Supermächte – entgegen ihren Friedenstiraden – im Nahen Osten versuchen, ihr Diktat zu errichten gegen die berechtigten Forderungen der arabischen Länder nach Freiheit und Unabhängigkeit, ist ebenso bekannt. Und nicht anders wie im Mittelmeerraum und im Nahen Osten, wo die beiden Supermächte im Gewande der Friedensstifter sich gegenseitig um die Vorherrschaft streiten und die Völker bedrohen, ist es auch in Europa.

Nicht Sicherheit, sondern erhöhte Kriegsgefahr steht in Wahrheit auf der Tagesordnung der beiden Supermächte in Genf. Unaufhörlich haben die sowjetischen Sozialimperialisten ihren aggressiven Militärapparat in Europa verstärkt. Tagtäglich wächst die Bedrohung der Sicherheit und des Friedens in Europa.

Soll das Theater um die "Sicherheits"konferenz, die "Abrüstungs"konferenz sowie die Konferenz zur "Truppenminderung" die Wachsamkeit der Völker Europas vor dem drohenden Krieg der beiden Supermächte einschläfern, so ist es **die Aufgabe aller friedliebenden und fortschrittlichen Menschen, dieses Theater zu entlarven, die Wachsamkeit unseres Volkes zu erhöhen und den Kampf gegen die beiden Supermächte und ihre Expansionsbestrebungen zu führen.**

NIEDER MIT DEM US-IMPERIALISMUS!
NIEDER MIT DEM SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS!
AUSLÄNDISCHE TRUPPEN RAUS AUS GANZ DEUTSCHLAND!

Der "1. Repräsentant der freien Welt"

Nixon - ein Kriminneller

Mit jedem Tag wird klarer, daß Richard Nixon, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, nicht nur ein Kriegsverbrecher übelster Sorte, sondern auch im landläufigen Sinn ein schmieriger Krimineller ist. Einbruch, Diebstahl, Erpressung, Bestechung – die Aktivitäten, die sich direkt oder indirekt mit dem „1. Repräsentanten der Freien Welt" verbinden, lesen sich wie das Vorstrafenregister eines miesen Vorstadtganoven.

Die bürgerliche Presse versucht den Eindruck zu erwecken, hier sei ein „ehrenwerter Mann den Versuchungen der Macht erlegen". Tatsache ist, daß dieser Mann von den US-Imperialisten bereits als „Tricky Dicky" an die Regierung gebracht worden ist. Daß bereits vor der Wahl Nixons die bürgerliche Presse in den USA gegen die im amerikanischen Volk schon damals weit verbreitete Ansicht, von Nixon könne man nicht einmal einen Gebrauchtwagen kaufen, ankämpfte, indem sie groß Nixons angebliche „Läuterung zum verantwortungsbewußten Staatsmann" herausstellte. Tatsache ist, daß bereits vor der Wiederwahl Nixons dessen Verwicklung in den Watergate-Fall bekannt war und daß alle Register gezogen wurden, um zu verhindern, daß diese Tatsache im Volk bekannt wurde.



Und es handelt sich ja nicht nur um Nixon, der gesamte US-Regierungsapparat hat sich praktisch als korrupt und im engsten Sinne des Wortes als kriminell erwiesen. Da spielt es schon gar keine Rolle mehr, daß auch Nixons Töchterlein, das kreuz und quer durch das Land reiste, um Papis Unschuld zu beteuern, sich mit einem wertvollen Kettchen schmückt, das in einschlägigen Kreisen schlicht als „geklemmt" bezeichnet würde.

Sicher ist es nicht die Regel, daß ein Staats- und Regierungschef eines kapitalistischen Landes so direkt überführt wird, persönlich Gangstermethoden angewendet zu haben. Aber Nixon ist kein Einzelfall. Das zeigten auch bei uns Korruptionsaffären wie Steiner und Wienand. Jeder imperialistische Regierungsapparat ist durch und durch korrupt. Die an seiner Spitze stehen, sind gekauft, stehen im Sold der Kapitalistenklasse, um die verbrecherische Politik der Imperialisten gegen das eigene Volk und gegen andere Völker durchzuführen.

Das ist der Boden, auf dem Leute wie Nixon hochkommen und gedeihen. Und wenn die US-Imperialisten Nixon fallen lassen sollten, dann nicht, weil er ihnen nicht mehr „würdig" genug erscheint, sondern in der Absicht, durch einen Präsidentenwechsel beim amerikansichen Volk neues Vertrauen in den Parlamentarismus zu wecken.

Für die Aufnahme der VR China in die internationalen Sportverbände!

94 Länder haben die Volksrepublik China als einzigen rechtmäßigen chinesischen Staat anerkannt. Die Vereinten Nationen und die meisten ihrer Organisationen haben sich ebenfalls auf diesen Standpunkt gestellt. Der lange Jahre hindurch betriebene Versuch der Imperialisten, insbesondere der US-Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten, die VR China in der Welt zu isolieren, ist gescheitert. Die überwiegende Mehrzahl der internationalen Sportverbände jedoch führt nach wie vor die noch nicht befreite chinesische Provinz Taiwan, die gegen jedes Recht von der Tschiang-Kaischek-Clique, die sich nur durch die Unterstützung des US-Imperialismus an der Macht halten kann, besetzt gehalten wird, als Mitglied.

Die Tatsache, daß die größten internationalen Sportverbände sich bislang weigern, die Volksrepublik China als Mitglied aufzunehmen, stellt einen feindlichen Akt gegen das chinesische Volk dar, der im krassen Widerspruch zu den salbungsvollen Reden der Funktionäre der Weltsportverbände steht, der Sport möge der Freundschaft und der engen Verbindung zwischen den Völkern dienen usw. Diese Haltung der internationalen Sportverbände schließt die Sportler aus der VR China von der Mehrzahl der großen internationalen Sportveranstaltungen aus.

Freunde der Volksrepublik China aus 18 Ländern Europas (u.a. aus Westdeutschland, Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Italien, Nordirland, Schottland, Schweden) haben sich an nationale und internationale Sportverbände (u.a. für Fußball, Ski, Reiten, Leichtathletik, Basketball) mit der Forderung gewandt, die VR China als Mitglied aufzunehmen und die Taschiang-Kaischek-Clique auszuschließen bzw, sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen.

"Die haben ja mächtig Angst vor euch"

Panzergrenadier durchsucht und fristlos entlassen

Fast täglich steht es jetzt in der Zeitung: „Die Sicherheit der Truppe ist durch Kommunisten und wehrzersetzende Zeitungen nicht gefährdet, erklärt ein Offizier."

„Nach Ihrem bisherigen Verhalten würde durch Ihr Verbleiben in der Bundeswehr die Sicherheit der Truppe ernstlich gefährdet", heißt es dagegen im Entlassungsschreiben von Panzergrenadier Lennart K., und: „Gemäß § 29 Abs. 5 Wehrpflichtgesetz ist daher Ihre fristlose Entlassung aus der Bundeswehr geboten."

Angeblich hat Lennart K. die Zeitung „Soldatenfaust" vor der Kaserne verteilt. Die Kripo und der militärische Abschirmdienst durchsuchten deshalb schon seinen Spind und seine Wohnung (der ROTE MORGEN berichtete). Als die Kameraden Lennart zum Vertrauensmann wählen wollten, warf Generalmajor v. der Osten ihn raus.

Ein Zeichen der Stärke, ein Zeichen dafür, daß die Bourgeoisie den wachsenden antimilitaristischen Kampf in der Armee fest unter Kontrolle hat, wie die Offiziere behaupten? Im Gegenteil! „Die haben ja mächtig Angst vor Euch" meinten die Kameraden, als sie von Lennarts Entlassung hörten.

Die Angst der Kapitalisten hat gute Gründe! Auch die Entlassung Lennarts hat den Widerstand der Soldaten noch verstärkt. Um „vorzubeugen", setzte der Kompaniechef gleich zwei Kompanieversammlungen an, um die Kameraden einzuschüchtern, sie vor Solidaritätsmaßnahmen zu warnen. Aber da kam er schön an! Etwa die Hälfte der Kompanie verurteilte öffentlich den Terror beim Bund: „Das ist eine Unverschämtheit, seinen Spind zu durchwühlen!", Das geht nicht, ihn als Vertrauensmann abzusetzen." Die Angst der Offiziere wurde immer größer: Bei der Entlassungsprozedur ließen sie Lennart keinen Augenblick mehr unbewacht.

Doch was nützt ihnen das? Der Terror, den sie ausüben, hat die Solidarität der Kameraden nur verstärkt, der „Soldatenfaust" neue Freunde gebracht. Das zeigt: Für einen, den die Bourgeoisie verfolgt, stehen zehn neue Kämpfer auf – auch bei der Bundeswehr!

D'K'P - Häuptlinge und Polizei gemeinsam gegen Kommunisten

„Marxismus oder Maoismus" hieß der Titel der D„K"P-Veranstaltung am 15.5. in Köln – eine unverschämte Provokation! Was die Arbeiterverräter der D„K"P unter „Marxismus" verstehen, führten sie den Veranstaltungsbesuchern gleich am Anfang eindringlich vor Augen: Zusammenarbeit mit der Polizei!

Gleich zu Beginn versuchten Schlägertrupps der Revisionisten, Genossen am Betreten des Saales zu hindern. Als die das nicht schafften, befahl Fritz Roller, Ortsvorsitzender der D„K"P, „Knüppel frei" und ließ die Polizei rufen.

Seite an Seite prügeln uniformierte und zivile Polizisten mit den D„K"P-Häuptlingen auf die Genossen, auf wirkliche Kommunisten ein! Kurze Zeit später dann verkünden sie im Saal, die „Maoisten" arbeiten mit dem Kapital zusammen und machten gemeinsame Sache mit dem „Rechtskartell".

Gleichzeitig schauten sie händereibend zu, wie die Polizei 6 Genossen festnahm und auf die Wache schleppte. Wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch (Anzeige gestellt von den D„K"P-Revisionisten) und Körperverletzung" sollen sie angeklagt werden. Ärzliche Hilfe für ihre Verletzungen gab es nicht. Aber auch die D„K"P-Verräter und die Polizei bekamen ihr Teil ab. Kommunisten wissen ihre Fäuste zu gebrauchen! Zwei Polizisten holten sich blutige Köpfe.

Daß sie vom Klassenkampf nicht viel halten, bewiesen wieder einmal die Führer der GRF. Untätig schauten sie zu, als die Genossen sich mit Polizei und Revisionisten schlugen, aber Mitglieder und Sympathisanten ihrer Jugendorganisation, des „K"JV, unterstützten unsere Genossen.

Dortmund:
Faschist von Genossen entwaffnet

Einkaufszentrum Neu-Scharnhorst, Samstag Vormittag. Genossen verkaufen den ROTEN MORGEN. Da werden sie von einem Faschisten angerempelt: „Verschwindet, sonst bringe ich euch um!" Doch die Genossen wehren ihn ab: „Verschwinde du, sofort!" Sie kennen ihn schon, wenden sich ab. Er fängt aber an zu brüllen und fingert an seiner Rocktasche, Passanten bleiben stehen. Plötzlich hat er eine Pistole in der Hand, mit einem Griff durchgeladen. „Verschwindet oder ich schieße!"

Das Schießding ist echt, alles weicht erst einen Schritt zurück, einige rufen nach Polizei. Der Faschist geht auf einen Genossen zu. Da die Gelegenheit! Der andere Genosse springt ihn von der Seite an, reißt ihm die Arme zurück, der erste Genosse entwindet ihm die Waffe.
Die Pistole wird auf Wunsch der Umstehenden zur Bullenwache gebracht, ein Passant geht Anzeige erstatten.

Und wie greifen die Bullen ein? Sie sind auch eine halbe Stunde später nicht zu sehen. Sie lassen den Genossen ausrichten, sie möchten zur Wache kommen wegen des Protokolls. Die Genossen sprechen lieber mit den Passanten. Mehrere Passanten sagen anerkennend, die Genossen hätten sich völlig richtig verhalten. Es wäre noch schöner, wenn die Faschisten hier herumballern dürften! Was ist mit unseren Kindern? – Die können sich nicht wehren! Nur ein Passant versucht für den Faschisten einzutreten, er zieht es bald vor wegzugehen. Die Genossen führen einige gute Gespräche über Imperialismus und seine Waffe gegen das Volk, den Faschismus. ROTE MORGEN werden verkauft.

Und was haben die anwesenden Propagandisten von „K"BW und der Gruppe Rote Fahne gemacht? Sie kamen angeschlichen, um sich das Spektakel anzusehen. Mindestens zwei von ihnen standen so günstig, daß sie den Faschisten schon eher hätten packen können. Das haben sie nicht getan. So sieht ihre Solidarität und ihr Kampfgeist gegen die Faschisten aus!



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

HAMBURG:
Der ehemalige Gestapo-Mann und SS-Hauptscharführer, Gustav Barschdorf, hatte 1942 eine norwegische Widerstandskämpferin zu Tode gefoltert, weil sie sich weigerte, ihre Genossen zu denunzieren. Mit Worten wie „Was ihr macht, ist doch kein Schlagen, ich werde euch zeigen, wie man schlägt!", hatte er Hitlers Folterknechte angestachelt und selbst so lange auf die Frau eingeprügelt, bis sie tot zusammenbrach.

12 Jahre lang setzte Barschdorf nach dem Krieg seine verbrecherische Laufbahn, die er mit der Gestapo begonnen hatte, im Verfassungsschutz fort – als Spitzel der Bourgeoisie, als Denunziant fortschrittlicher Menschen.
Erst jetzt, nach über 30 Jahren, wurde er wegen seiner Verbrechen vor Gericht gestellt. Das Hamburger Schwurgericht verurteilte ihn wegen „gemeinschaftlich begangenem Mord" zu lebenslänglich Gefängnis.
Späte Gerechtigkeit?

Gustav Barschdorf bleibt ein freier Mann. Der Richter verfügte „Haftverschonung".

MÜNCHEN:
Aus dem Nähkästchen geplaudert hatte Zeuge Schmidt, Werkschutzmann bei BMW, im ersten Prozeß gegen die Genossen Werner Lukas, Ulli E. und Winfried H. und dabei die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Werkschutz aufgedeckt – sehr zum Mißfallen des Gerichtes. Wegen „Beleidigung" – die Betriebszeitung der KPD/ML „Der Rote Anlasser" hatte Schmidt „SS-Mann" genannt – wurden die Genossen Ulli und Winfried damals zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Werner Lukas mußte freigesprochen werden. Am 28. Mai beginnt um 8.30 Uhr der Berufungsprozeß im Münchner Justizpalast, Saal 219.

Spenden für politisch Verfolgte an:
Konto Karin Sandmann
Dresdner Bank
Zweigstelle 46 Dortmund, Borsigplatz, Kto Nr. 81 355 107.

WDR unterdrückt Wahrheit über faschistisches Schahregime

Im Kampf um Aufenthaltsgenehmigung und politisches Asyl für den Perser Mehrdad Adrom, der sich jetzt wieder zuspitzt, gelang es, 4 Minuten Sendezeit im WDR für ein Interview durchzusetzen.

4 Minuten – das ist sehr wenig, wenn man die politische Unterdrückung der iranischen Patrioten in der DBR schildern will! Doch selbst dieses Wenige war dem WDR zu viel! Das Interview wurde zwar gesendet – aber so zusammengeschnitten, daß keine scharfe Kritik das empfindliche Ohr der Bourgeoisie mehr stören konnte:

– mindestens fünfmal hatte der WDR in der Passage „das faschistische Schah-Regime" das Wort „faschistisch" sorgfältig herausgeschnippelt.

– daß die westdeutschen Kapitalisten aus dem Iran Milliardenprofite holen, dürfen zwar bürgerliche Zeitungen wie das „Handelsblatt" schreiben, im Mund eines fortschrittlichen Iraners aber ist das unzulässige Kritik. Geschnitten!

– Die Zustände im Ausländerlager Zirndorf, wo Hunderte von politischen Flüchtlingen schikaniert werden, wo Neuankömmlinge z. B. kein Geschirr erhalten und erst dann zum Kaffeefassen antreten können, wenn sie sich Bierflaschen o. ä. gesucht und ausgewaschen haben – niemand darf es erfahren! Geschnitten.

Für den Reaktionär und Antikommunisten Solschenyzin lag der Fremdenpaß schon bereit, als er nach seiner Ausweisung in der DBR landete. Mehrdad Adrom hat die Ausstellung eines Fremdenpasses, von dem eine Aufenthaltsgenehmigung abhängt, schon vor vier Monaten beantragt, als ihm das iranische Konsulat den Paß entzog. Bis heute hat er keinen erhalten. Dieses hervorragende Beispiel für die „Gleichheit vor dem Gesetz" – geschnitten!

Geschnitten natürlich auch der Aufruf an die Bevölkerung, sich mit den verfolgten und unterdrückten iranischen Patrioten zu solidarisieren.

Ein kleines Beispiel für die Pressezensur, für die politische Unterdrückung, die die Bourgeoisie täglich ausübt!

1. Mai-Plakette verstört Betriebsrat "...das könnt ihr doch nicht machen!"

Lübeck, den 17. 5. 74

Auf einer Veranstaltung der Partei in Kücknitz kauften sich zwei Kollegen der Flender-Werft 1. Mai Plaketten. Am nächsten Tag haben diese Kollegen dann die Plaketten mit in den Betrieb (Flender-Werft) genommen und an ihren Schlosseranzug gesteckt. Ein Kollege ging damit in die Werkstatt zu dem Betriebsratsmitglied und fragte ihn, ob er nicht auch eine Plakette zum 1. Mai kaufen wolle. Der freute sich zuerst mächtig, daß dieser Kollege sich für den 1. Mai einsetzt, als er dann aber sah, welche Plakette ihm der Kollege verkaufen wollte, war jegliche Freude weg, stattdessen regte er sich unheimlich auf. "Nimm sofort die Plakette ab! Du kannst hier nicht die Kollegen beeinflussen!" empörte er sich. Der Kollege zeigte dem Herrn Betriebsrat dann auf, wie wenig sein Verhalten wohl mit "Demokratie" zu tun hat, eigentlich sollte doch jeder seinen Standpunkt vertreten dürfen. Der Betriebsrat stieß nur wüste Beschimpfungen gegen den Kollegen aus. Aber es kam noch besser. Der Kollege ging in seine Abteilung zurück und erzählte seinen Kollegen von dem Vorfall. Daraufhin ging der zweite Kollege zu dem Betriebsrat hin, um ihm zu zeigen, daß der andere Kollege nicht der einzige war, der die Plakette trug. Nach ähnlichen Beschimpfungen durch den Betriebsrat kehrte er zurück und mehrere Kollegen der Abteilung beschlossen, die Plaketten ständig untereinander auszutauschen. Der Betriebsrat drehte nun natürlich völlig durch und jammerte nur noch: "Ihr habt ja alle so'n Ding, das könnt ihr doch nicht machen. Wo habt ihr die bloß her".

Die Kollegen stehen bisher noch nicht fest hinter der Linie der Partei, aber dieser kleine Vorfall wird einigen von ihnen sicher einiges über den reaktionären DGB-Apparat gezeigt und ihr Interesse an der KPD/ML vergrößert haben.

8000 MARK FÜR DIE PARTEI

Liebe Freunde und Genossen,

Mitte März dieses Jahres haben meine Frau und ich geheiratet. Der gemeinsame Kampf unter der Führung der KPD/ML für die sozialistische Revolution, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, der gegenseitigen Liebe und Achtung brachten uns zu dem Entschluß. Wir erhielten viele Geschenke für den Haushalt und auch eine ganze Menge Geld, so daß wir mit unserem Gesparten auf rund 11 000 DM kamen. Was kann das für uns Kommunisten der KPD/ML und der Roten Garde heißen?

Meine Frau und ich sind untrennbar mit der Partei verbunden und haben uns geschworen, unser Leben lang nach besten Kräften unter Führung der KPD/ML und ihrer korrekten marxistisch-leninistischen Linie im ständigen Kampf gegen den modernen Revisionismus diesen verfaulten, stinkenden Imperialismus zu zerschlagen. Da für uns klar, ist, daß wir Arbeiter nichts zu verlieren haben, als unsere Ketten, und daß es in diesem ganzen System für den Arbeiter und Bauern keine Sicherheit geben wird und kann, haben wir daher beschlossen, erstmals 8 000 DM für die Partei zu spenden, bis wir wissen, wieviel Geld wir für eine eventuelle neue Wohnung oder Renovierung der alten noch brauchen. Wir sind glücklich darüber, die Partei mit soviel Geld stärken zu können, wir wissen, daß dieses Geld eingesetzt wird für die Befreiung der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten des Volkes, eingesetzt für die sozialistische Revolution.

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!
VORWÄRTS MIT DER ROTEN GARDE!
HOCH LEBE UNSER ERSTER VORSITZENDER, DER GENOSSE ERNST AUST!

Ein Ehepaar aus Westberlin

Für die Unterstützung des Roten 1. Mai wurden gespendet:

13.5.74	Veranstaltung Düsseldorf	125,--
14.5.74	Veranstaltung Duisburg	60,--
14.5.74	Tombola auf Veranstaltung in Münster	75,--
15.5.74	Hochzeitsfeier in Hamburg	610,--
15.5.74	K., Marburg	180,--
16.5.74	I.M., Essen	75,--
17.5.74	T.H., Lübeck	316,--

Für die Unterstützung des Roten Morgen wurden gespendet:

13.5.74	W.S., Kiel	44,–
13.5.74	Mai-Veranstaltung der Stadtteilzelle Schlachthof-Au, München	73,–
13.5.74	P.P., Köln	70.30
13.5.74	H.R., Singen	14,50

insgesamt: 1 642,80

Tödlicher Betriebsunfall der 15-jährigen Elisabeth

Mord für den Profit!

Am 25. April starb die erst 15-jährige Elisabeth, seit dem 1. August Arbeiterin bei der Firma Prym. Sie starb an der Maschine, an der sie seit ihrer Schulentlassung für 350 DM im Monat für den Profit der Prym-Kapitalisten arbeitete.

Die Arbeit an der Maschine war gefährlich. Bereits früher hatte Elisabeth einen Unfall. Damals wurde ihr nur die Hose zerrissen. Mehrmals hatte Elisabeth seitdem gesagt, die Maschine ist mir zu gefährlich, ich will da weg und woanders arbeiten. Aber die Prym-Herren hatten taube Ohren für die Angst des Mädchens. Sie erhielt noch nicht einmal Sicherheitsbekleidung gestellt. Stattdessen hieß es, entweder sie bliebe an der Maschine oder sie würde entlassen. So wurde sie Tag für Tag gezwungen, ihr Leben aufs Spiel zu setzen.

„Jetzt gehen die Kapitalisten und ihre Handlanger hin und sagen, es sei „ein tragischer Unfall" gewesen. Das sind Lügen! Die Wahrheit ist: Es war Mord!" – so heißt es in einem Flugblatt der KPD/ML und der Roten Garde zum Tod der Jungarbeiterin Elisabeth.

Dieses Flugblatt wurde von den Kollegen viel diskutiert. Denn jeder weiß: heute heißt das Opfer Elisabeth, aber schon morgen kann ich es sein. 4.000 Arbeiter und Angestellte hat die Firma Prym. 600 Arbeitsunfälle gab es im Jahr 1973. Das sind zwei Unfälle pro Tag. Medizinische Hilfe im Betrieb? 3 Sanitäter müssen reichen, sie arbeiten Schicht. Für jede Schicht steht also ein einziger Sanitäter zur Verfügung.

Viele Kollegen meinten darum zu dem Flugblatt: endlich wird einmal die Wahrheit über den Mord geschrieben, in den Zeitungen steht ja sowieso nie was drin. Ein Bauarbeiter, der das Flugblatt gelesen hatte, forderte Kollegen, die es nicht nehmen wollten, auf, es zu lesen. Es wäre gut und richtig.

Die Kapitalisten reagierten sofort. Schon am nächsten Tag wurde in der Kantine eine Nachricht angebracht, daß gegen den Verantwortlichen des Flugblatts beim Amtsgericht Aachen Anzeige wegen Verleumdung erstattet worden sei. Die Prym-Kapitalisten brauchen sich keine Sorgen zu machen, daß die bürgerliche Klassenjustiz ihre Lüge vom „tragischen Unfall" nicht bestätigen wird. Die Kripo-„Ermittlungen" liegen bereits vor: ein Verschulden Dritter liege nicht vor.

Das werden den Prym-Kapitalisten und der bürgerlichen Klassenjustiz allerdings weder die Kollegen Elisabeths noch deren Eltern abkaufen. Die Mutter meinte: „Man erfährt nichts Genaues, keiner will was gesehen haben, irgend etwas stimmt da nicht." Und – **„Sie war doch kein Idiot und begibt sich freiwillig in Lebensgefhar."**

Nein, kein Arbeiter begibt sich freiwillig in Lebensgefahr. Aber er wird dazu gezwungen. Um leben zu können, muß er seine Arbeitskraft Tag für Tag an den Kapitalisten verkaufen, muß er Tag für Tag riskieren, daß er ein Opfer der maßlosen Profitgier der Kapitalisten, ein Opfer der Arbeitshetze und Antreiberei im Betrieb wird. Alle 13 Sekunden passiert in der Bundesrepublik ein Arbeitsunfall. Alle zwei Stunden stirbt ein Kollege am Arbeitsplatz. Die Zahl der Todesopfer, die dieses kapitalistische System täglich fordert, aber ist weit größer. Gemordet durch dieses System werden auch die Arbeiter, die an Berufskrankheiten sterben – allein 15.000 Steinstaub-Lungenkranke seit dem zweiten Weltkrieg –, sind die Toten auf den Straßen, sind diejenigen, die in den Krankenhäusern und zu Hause sterben, weil ihre Heilung für das Kapital keinen Profit bringt.

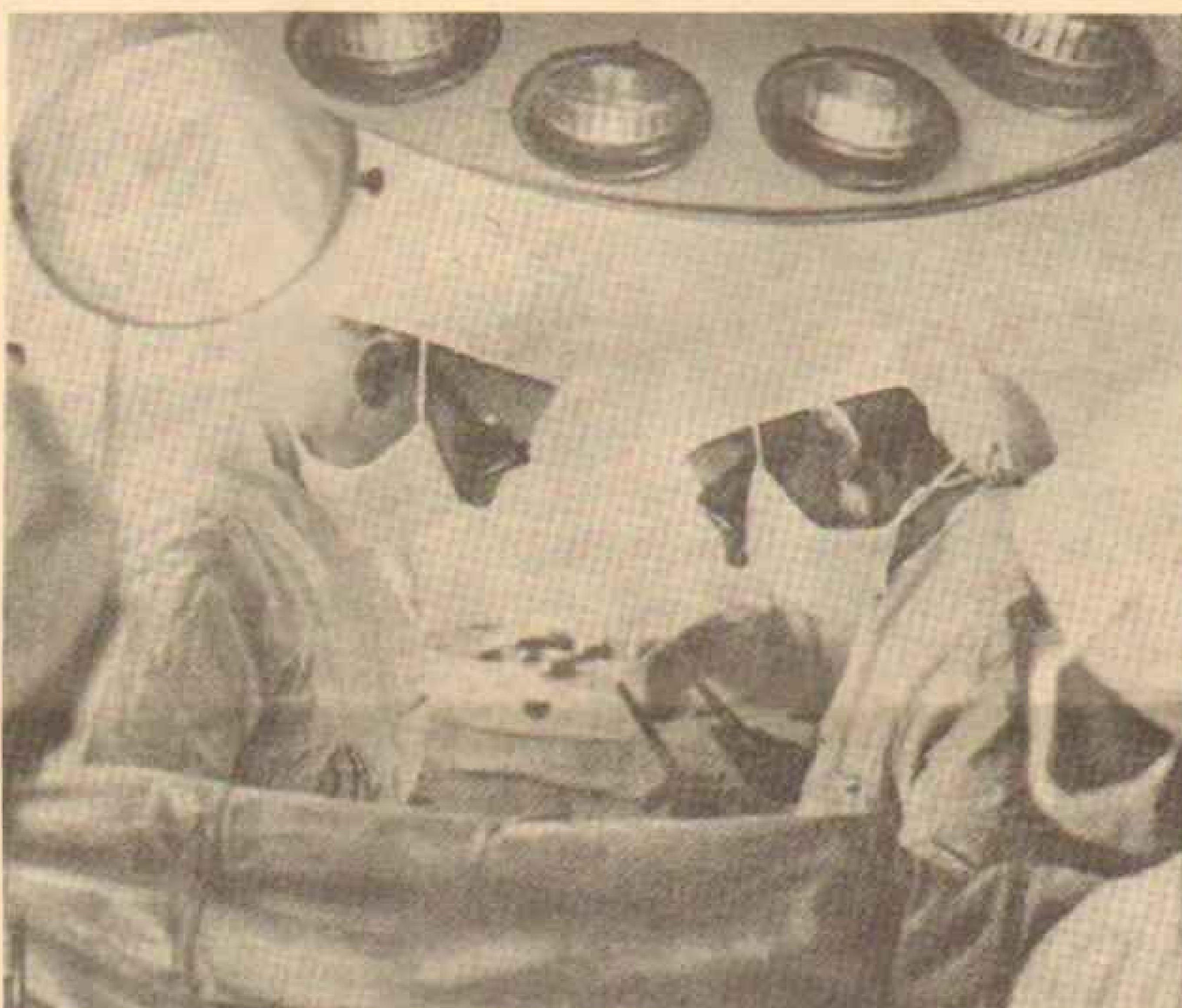
Das Kapital geht für die Steigerung seines Profits über Leichen – das gilt nicht nur im imperialistischen Krieg. Gegen dieses mörderische System muß der Arbeiter, muß die Arbeiterin jeden Tag um das nackte Leben kämpfen. Um dem täglichen Arbeitermord ein Ende zu machen, gibt es für das Proletariat und das ganze werktätige Volk nur einen Weg: die Zerschlagung dieses kapitalistischen Systems und die Errichtung der Macht der Arbeiter und Bauern, die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Im Sozialismus gibt es keine Ausbeutung

"denn wir arbeiten frei und für uns selber."

Treffen im Kulturclub in der Zigarettenfabrik „Tel at Noga" (Name eines heldenhaften Befreiungskämpfers) in der albanischen Küstenstadt Durres. Regelmäßig treffen sich hier Arbeiterveteranen, die schon vor der Errichtung des Sozialismus in Albanien in der Fabrik gearbeitet haben und die junge, im Sozialismus aufgewachsene Arbeitergeneration.

"Wir arbeiteten unter sehr schwierigen Bedingungen" – erzählt der Veteran Koste Loni."Die Besitzer wollten mit möglichst niedrigen Ausgaben größtmögliche Profite herausschlagen. Daher kümmerten sie sich überhaupt nicht um die Arbeitsbedingungen. Die Produktion erfolgte hauptsächlich mit der Hand. Von Zeit zu Zeit protestierten wir, organisierten Streiks, forderten bessere Arbeitsbedingungen und mehr Rechte für die Arbeiter. Einem unserer Genossen wurde die Hand abgeschnitten, als er mit der Maschine Tabak schnitt. Seit dem Tag verlor er auch den Arbeitsplatz. Keiner von den Besitzern kümmerte sich darum, ihm eine andere Arbeit zu besorgen oder eine Invalidenrente zu sichern. **Unsere Proteste und Forderungen nahmen nach der Gründung der Kommunistischen Partei Albaniens (heute: Partei der Arbeit – RM) einen organisierten und revolutionären Charakter an. Damals wurde uns klar, daß die Arbeiter ihre Rechte nur erringen konnten, wenn sie sich im Kampf erheben, um jeder Unterdrückung und Ausbeutung ein Ende zu bereiten. So geschah es auch!"**



Im sozialistischen Albanien steht die Medizin im Dienste des werktätigen Volkes

Durch die bewaffnete Revolution, durch die Enteignung der Großgrundbesitzer und Kapitalisten schuf die albanische Arbeiterklasse völlig veränderte Grundlagen für die Arbeit im Land. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wurde abgeschafft und an die Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft trat die sozialistische Planwirtschaft.

„Zum ersten Mal nach jahrhundertelanger Arbeit für andere hat der Mensch die Möglichkeit, für sich selbst zu arbeiten, wobei er sich darüber hinaus auf alle Errungenschaften der Technik stützen kann." Diese Worte Lenins haben sich in Albanien wie auch im roten China bewahrheitet.

Seit der Errichtung der Arbeiter- und Bauernmacht in Albanien hat sich das Land von einem reinen Agrarstaat in einen Industrie-Agrarstaat verwandelt. Die Produktion ist – relativ gesehen – in Albanien schneller entwickelt worden als bei uns. Trotzdem stöhnt in Albanien kein Arbeiter über die „Knochenmühlen", gehen in Albanien wachsende Produktionsziffern nicht Hand in Hand mit zunehmenden Zahlen von Arbeitsunfällen, von Berufskrankheiten und Frühinvalidität.

Im Gegenteil, wachsende Produktionsziffern bedeuten hier verbesserte Arbeitsbedingungen, sinkende Unfallzahlen, bessere medizinische Versorgung für die Arbeiterklasse.

In Albanien wie auch im roten China hat jeder Arbeit, hat jeder ein gesichertes Auskommen. Und vor allem, jeder weiß, wofür er arbeitet: für den weiteren Aufbau seiner Fabrik, seines Staates, für das Wohl des Volkes. Die Gesundheit und das Leben des Volkes nehmen deshalb auch einen vorrangigen Platz ein. Je nach den Arbeitsbedingungen erhalten die Arbeiter verschieden lange Pausen. Ein Arbeiter am Hochofen zum Beispiel hat bis zu vier Stunden Pause. Arbeiter an Arbeitsplätzen mit giftigen Stoffen wechseln mehrmals am Tag ihre Arbeit. Lärm und Schmutz in den Werkshallen werden bekämpft. Arbeiter mit besonders gesundheitsgefährdenden Berufen erhalten eine besondere Gesundheitsfürsorge. Nehmen wir das Beispiel der Bergarbeiter in der Volksrepublik China. Dazu heißt es in der „Peking Rundschau" Nr. 20 von 1973:

„Wie für alle Arbeiter Chinas ist die medizinische Betreuung für die Kumpels kostenlos, während für die Familienangehörigen nur die Hälfte der Behandlungskosten zu bezahlen sind. Jeden Tag, wenn die Arbeiter den Schacht verlassen, nehmen sie Schwefelbäder, um Rheumatismus zu verhüten. Auch Höhensonnenbestrahlungen werden jeden Tag vorgenommen, um den Mangel an Sonnenlicht auszugleichen. Das medizinische Personal trachtet danach, den Dienst an den Kumpels immer weiter zu verbessern. Hausbesuche werden nicht nur unter besonderen Umständen, sondern auch bei leichteren Krankheiten und in chronischen Fällen gemacht. Das wird „kostenloses Krankenbett zu Hause" genannt. In den vergangenen Jahren wurden 5.000 Patienten so behandelt."

Besonderes Augenmerk gilt in China oder Albanien den Arbeitsunfällen. **Wer sich bei der Arbeit verletzt, der hat das im Dienst des Volkes getan und das Volk und sein Staat tuen ihr Möglichstes, um den Kranken zu heilen und seine Familie zu unterstützen.** Die besten Spezialisten sind im Sozialismus für die verletzten Arbeiter da. In Albanien ist vor einiger Zeit sogar einmal für einen verletzten Arbeiter, den die albanischen Ärzte nicht heilen konnten, für viel Geld ein Spezialist aus Italien geholt worden. In China und Albanien sind ganze Zweige der Medizin entwickelt worden, um den verletzten Arbeitern zu helfen. Hier sei nur an die Erfolge der Chirurgie auf dem Gebiet des Annähens von abgetrennten Gliedmaßen und an die Erfolge bei der Heilung von Verbrennungen erinnert.

Aber nicht nur das Gesundheitswesen wird im Interesse der Arbeiterklasse weiterentwickelt, sondern auch die Produktion. Bei jedem Unfall wird genau untersucht, wo er seine Ursachen hat. Verstöße gegen die Sicherheitsvorschriften werden hart bestraft. Die Maschinen auf ihre Sicherheit für den Arbeiter hin immer wieder überprüft und verbessert.

Hören wir zum Abschluß noch eine junge Arbeiterin aus der Fabrik „Tel at Noga". Sie sagte den Veteranen:



Arbeiterin in Tirana

**„Die alte Gesellschaft wurde durch die Gewalt der Waffen gestürzt. Jetzt sind wir, die Arbeiterklasse an der Macht. Es gibt keine Ausbeutung, keine Arbeitslosigkeit mehr. Uns sind die Unsicherheit und die Angst vor dem Morgen fremd. Unsere Demokratie erlaubt uns, an der Leitung der Wirtschaft und der Regierung des Landes teilzunehmen. Von der ehemaligen Fabrik ist nicht mehr viel übrig geblieben. Die rote Fahne, die unsere Arbeiterveteranen hißten, stieg immer höher. Unsere Fabrik wurde zu einer modernen automatisierten Fabrik. Die Vergangenheit dürfen wir aber nicht vergessen und werden das auch nicht. Wenn man sich an sie erinnert, erkennt man die Großartigkeit der Veränderungen in unserem Leben noch besser: unseren Kampf um die Festigung der Volksmacht, um den sozialistischen Aufbau voranzutreiben, unsere kämpferische Haltung gegen unsere Feinde, die die schwarze Vergangenheit wiederholen wollen.
Wir haben ein glückliches Leben. In Zukunft wird es noch glücklicher werden, denn wir arbeiten frei und für uns selber."**

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526



Hiermit bestelle ich:

A) Probenummer O B) Abonnement ab Nr......

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße..........

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum .... Unterschrift ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466 oder das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

STUTTGART (Eröffnung am 1.6.):
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/432388. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

PARTEIBÜROS:

DORTMUND:
Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14 – 18 Uhr, Sa 9 – 13 Uhr.

BIELEFELD:
Buchladen "Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70.
Öffnungszeiten: Sa 9 – 13.00 Uhr.

HAMBURG:
Stresemannstr. 110, Tel. 040 / 43 99 137.

HANNOVER:
Elisenstr. 20

Kiel:
Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74762.
Öffnungszeiten: Mo – Fr 15.00 – 18.00 Uhr, Sa 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK:
Buchladen "Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM:
Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr; Do: 16.00 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN:
Tel.: 77 51 79
Buchladen ROTER MORGEN, 8 München 2, Thalkirchnerstr. 19. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN:
Tel: 462 60 810
Buchladen ROTER MORGEN, 1 Berlin 65 (Wedding), Schererstr. 10. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.